Nr. 172 • Einzelpreis 10 Pfennig

Freitag, 25. Juli 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung. 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile b. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319, Erfurt

Das betrogene Volk.

22 Millionen Goldmark Reichsliebesgabe an die notleidenden Großlandwirte auf Kosten der prassenden Erwerbslosen, Kriegskrüppel und Almosenempfänger.

Beispielloser Steuerskandal.

Gold für Papier. • Wie die Agrarier aus der Reichskasse unterstützt werden.

Durch den Einspruch des Reichsfinanzministers Dr. Luther ist in den letzten Tagen im Reichstage wiederholt verhindert worden, daß dringliche Maßnahmen zugunsten der Sozialrentner, der Erwerbslosen und der Kriegsbeschädigten beschlossen wurden. Dafür, so erklärte Dr. Luther, sei kein Geld vorhanden. Bereits vor einigen Tagen hat aber Genosse Dr. Hertz im Haushaltsausschuß des Reichstags darauf aufmerksam gemacht, daß nach den monatlichen Ausweisen des Reichsfinanzministeriums über Einnahmen an Steuern usw. **mehr als 22 Millionen Goldmark auf die Landabgabe zurückgezahlt worden seien.** Das Reichsfinanzministerium hat daraufhin erklärt, es werde dieser Sache nachgehen und dem Genossen Hertz die entsprechenden Unterlagen zugänglich machen. Da das nicht geschehen ist, hat Genosse Hertz am Donnerstag im „Vorwärts" einen Artikel veröffentlicht, in dem er den Einzelnachweis für seine Behauptung erbringt. **Der Tatbestand ist kurz folgender:**

Die im August beschlossene Landabgabe galt für sechs Monate, also bis Ende Februar 1924. Die Agrarier verlangten stets ihre vorzeitige Aufhebung. Genosse Hilferding als Finanzminister lehnte das ab. Sein Nachfolger, Dr. Luther, aber erfüllte den Wunsch der Agrarier und verkürzte in der zweiten Steuernotverordnung die Geltungsdauer der Landabgabe um zwei Monate bis Dezember. Er sah ferner vor, daß für Januar und Februar im voraus gezahlte Beträge in Gold zurückgezahlt werden müssen. **Durch diese Bestimmung sind von März bis Juni mehr als 22 Millionen Goldmark an Landabgabe zurückgezahlt worden. Der Gesamtertrag der Landabgabe beträgt höchstens 42 Millionen Goldmark. Da die Rückzahlungen aber erst erfolgen dürfen, wenn zuvor die Anrechnung auf die Vermögenssteuer vorgenommen ist, so kann der Rest von 20 Millionen ebenfalls den Agrariern erlassen worden sein.** Das Gesamtergebnis wäre dann, daß die Landwirtschaft als Gesamtheit überhaupt keine Landabgabe gezahlt hat. Da aber viele kleine Landwirte ihre Landabgabe sowohl rechtzeitig entrichteten, also auch nicht zurückgezahlt erhalten haben, so bleibt nur die Schlußfolgerung übrig, **daß die Großagrarier mehr in ihre Taschen gesteckt haben als sie je zahlten.**

Die Veröffentlichung dieses Artikels hat das Reichsfinanzministerium zur Stellungnahme gezwungen. In einer eingehenden Darstellung behauptet es, der aus der Papiermark in Goldmark umgerechnete Gesamtertrag der Landabgabe sei mindestens 80 Millionen Goldmark. Es behauptet ferner, daß der Betrag von 22 Millionen Goldmark die gesamte Rückzahlung auf die Landabgabe darstelle.

Mit dieser Erwiderung des Reichsfinanzministeriums wird **ein erheblicher Teil der Behauptungen zugegeben, die in dem Artikel des Genossen Hertz aufgestellt waren.** Es wird 1. nicht bestritten, daß Rückzahlungen in der gewaltigen Höhe von 22 Millionen Goldmark erfolgt sind, trotzdem das Reich für die allerwichtigsten sozialen Aufgaben kein Geld hat. Es wird 2. nicht bestritten, daß Steuerpflichtige, die im August bis November mit entwerteter Papiermark und unter Ausnutzung der viel zu niedrigen Umrechnungssätze die Landabgabe entrichteten, **mehr zurückerstattet erhielten, als sie gezahlt haben.**

Wenn das Reichsfinanzministerium plötzlich behauptet, der Gesamtertrag der Landabgabe sei mindestens 80 Millionen Goldmark, so ist das eine Kühnheit, die nur durch die Verzweiflung zu begreifen ist, in die Dr. Luther durch die Enthüllung seines Verhaltens geraten ist. Denn noch am Montag, dem 21. Juli, hat sein Staatssekretär Zapf im Haushaltsausschuß des Reichstages ausdrücklich festgestellt, **daß die Landabgabe eine Einnahme von 40 bis 44 Millionen Goldmark gebracht habe.**

Danach bleibt also die Tatsache bestehen, daß das „notleidende Reich", **das seine Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Sozialrentner wegen Mangels an Mitteln hungern läßt, in dieser Zeit den Agrariern mindestens 22 Millionen Goldmark an Steuern wieder herausbezahlt hat. Und nicht einmal denen, die sie vorher gezahlt hatten, sondern in erheblichem Umfang solchen großen Agrariern, die mit ihren Steuerleistungen an das Reich genau so spekulierten wie mit ihrem Getreide und ihren Einfluß auf das Reich zur eigenen Bereicherung ausnützten.**

Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion die nächste Gelegenheit im Reichstag benutzen wird, um diesen ungeheuren Steuerskandal, wie ihn Genosse Hertz richtig genannt hat, auf das schärfste zu kritisieren.

Freie Wucherwirtschaft.

Eisenbogenfreiheit, Brotzölle und Zwangsbewirtschaftung des deutschen Konsums.

Die geistige Gemeinschaft zwischen Schwerindustrie und Landwirtschaft, die sich jetzt bei der Behandlung der Schutzzollvorlage so herrlich bewährt, hat im Kampfe der Reaktion gegen die Republik schon immer bestanden. Gemeinsam führte man den Kampf für die freie Wirtschaft, und es war der schwerindustrielle Abgeordnete Dr. Reichert, der am 30. Januar 1922 im Reichstag ausführte:

„Wir brauchen ein gewisses Maß von Eisenbogenfreiheit, wenn das großzügige Produktionsprogramm, das vor kurzem in Dresden in der Oeffentlichkeit dargelegt worden ist, durchgeführt werden soll. (Zustimmung b. d. Dn.) **Die Landwirtschaft verlangt nicht so sehr die finanzielle Hilfe der Regierung als die Möglichkeit, daß sie selbst sich Hilfe gewähren kann."** (!!)

Die „freie Wirtschaft", das war damals das alleinseligmachende Schlagwort oder, wie Herr v. Schiele am 21. Februar 1922 sagte: „Das allimbefreiende Wort für uns und für jeden, der die Dinge draußen beobachtet und der auch wünscht, daß dem Vaterlande durch die Entwicklung ein Dienst erwiesen wird." Keine zehn Monate entfernt man sich der freien Wirtschaft, da verlangen die Agrarier mit denselben Tönen, mit denen sie damals ihr Programm als die Patentlösung empfohlen haben, die Schutzzölle als Voraussetzung für die Produktionsfähigkeit. Dabei lehnte man es feinerzeit ab, die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft durch Erleichterung ihres Düngemittelbezugs zu steigern. Wohl rief Abg. Schlange in einem Brief an den preußischen Landwirtschaftsminister am 28. Juni 1922 mit dröhnender Eindringlichkeit: „Anstatt für unser Volk lebensnotwendige Steigerung der Düngeranwendung herbeizuführen, hört man heute bereits allenthalben, daß von den Landwirten unter dem Zwange der Lage und angesichts der trüben Ernteaussichten Bestellungen auf kunstlichen Dünger zurückgezogen werden. Die Ernte des nächsten Jahres (also 1923) ist somit heute auf das schwerste gefährdet, wenn nicht sofort eingegriffen wird." Das war am 28. Juni 1922. Am 23. März 1923 aber verwahrte sich bereits der deutschnationale Abgeordnete Schiele entschieden gegen jeden Versuch, mit gemeinwirtschaftlichen Mitteln die Erleichterung des Düngebezugs durchzuführen: „Sie haben sich aber nicht nur nicht gescheut, die Landwirtschaft in Fesseln zu legen, sondern Sie wollen auch einen wesentlichen Teil der Industrie in Fesseln legen, nämlich die Düngerfabriken. Gegen eine solche Befriedigung Ihrer Zwangswirtschaftsgelüste müssen wir uns unter allen Umständen wenden. . . ." Unter allen Umständen, also auch wenn die Getreideproduktion darunter leidet! Was Deutschland versäumte, hat Frankreich mit Hilfe des von den Deutschnationalen herbeigeführten Ruhreinbruchs und der Besetzung süddeutscher Werke vollzogen. Die Badische Anilin- und Sodafabrik baut auf Grund eines mit Frankreich abgeschlossenen Vertrags für die französische Regierung ein großes Stickstoffwerk. Anfeindungen dagegen hat man von deutschnationaler Seite bisher kaum gehört. Die Internationalisierung der Stickstoffproduktion ist freilich eine andere Sache — auch dann, wenn der Stickstoff dem französischen Heere zugute kommt — als die Nationalisierung der Stickstoffproduktion zur Förderung der deutschen Landwirtschaft, die von den Deutschnationalen bekämpft wurde.

Sich selbst wollte die Landwirtschaft mit der freien Wirtschaft helfen. Nur die freie Wirtschaft sollte im freien Spiel der Kräfte bessere und erträglichere Verhältnisse schaffen können. Jetzt aber verlangt die Landwirtschaft die Zwangsbewirtschaftung des deutschen Konsums durch die Schutzzollsperre, die gleichzeitig mit der Erhöhung des Brotpreises die Vermehrung des Brotverbrauchs herbeiführt. **Und wenn ihr jetzt die Zölle bewilligt würden, so müßte man allein nach den Erfahrungen der Inflationszeit schon damit rechnen, daß in wenigen Monaten dieser Schutz als unzureichend befunden und noch höhere Zölle, noch stärkere Belastungen des Verbrauchs als „im nationalen Interesse unabwendbar" propagiert werden.**

Wir allerdings glauben, das deutsche Volk hat von dem wiederholten Wortbruch der Deutschnationalen und von ihrer wirtschaftlichen Unfähigkeit genug.

Des Republikaners Ludendorff Pension.

24000 Mark Jahrespension für den Schwedenflüchtling, 65 Mark Jahresrente für einen Kriegsbeschädigten.

Berlin, 25. Juli. (Soz. Parl.-Dienst.)

Die Donnerstagsitzung des Reichstags begann mit einem wüsten Geschimpfe des kommunistischen Abgeordneten Katz, weil Oberpräsident Noske die „Niedersächsische Arbeiterzeitung" und ihre Kopfblätter verboten hat. Er nannte ihn einen Strolch, der täglich betrunken in den Straßen Hannovers zu sehen sei, und verlangte, daß der Reichstag sich sofort mit diesem Verbot beschäftige. Hermann Müller erhob nach dieser niederträchtigen Begründung gegen den Antrag der Kommunisten Widerspruch, so daß er nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Die Kommunisten rächten sich dadurch, daß sie ganze Salven der gemeinsten Schimpfworte auf die sozialdemokratische Fraktion niederprasseln ließen.

Es wurde dann die Aussprache über die Erhöhung der Invaliden- und Unfallrenten fortgesetzt. Die Debatte brachte nichts Neues. Einen großen Heiterkeitserfolg erzielte der deutschsoziale Abgeordnete Stock, der mit brüllender Stimme einen Lobgesang auf den heiligen deutschen Geist vortrug. Unser Genosse Karsten polemisierte **gegen die bürgerlichen Parteien, die die Rollage der Industriellen so geschildert haben, als müsse man diesen Invalidenrente zahlen. Bei den Abstimmungen wurde der Antrag der Sozialdemokraten auf 100prozentige Erhöhung der Invalidenrenten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.** Angenommen wurde ein Antrag auf **Erhöhung der Invalidenrenten von monatlich 13 auf 14 Mk.** (!) **Auch bei der Unfallversicherung wurde der sozialdemokratische Antrag auf 100prozentige Erhöhung der Rente abgelehnt.** Angenommen wurde der Ausschußantrag, daß eine Zulage nur gewährt wird zu den Renten von zwei Dritteln der Vollrente und mehr. Die Zulage beträgt 15 Mk. monatlich; sofern aber die Rente nach dem landwirtschaftlichen Durchschnittslohne berechnet wird und im Bereiche der Seeberufsgenossenschaft liegt, beträgt sie nur 10 Mk.

Der Reichstag trat dann in die Beratungen der Anträge über die Aufbesserung der Kriegsrenten ein. Genosse Roßmann hielt eine sachkundige Rede über die Entwicklung der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Er stellte fest, daß in der ersten Zeit nach der Revolution sich unter sozialistischem Einflusse die Fürsorge für die Kriegsopfer recht hoffnungsvoll entwickelt habe. Mit dem Erstarken der politischen und sozialen Reaktion sei aber diese Fürsorge mehr und mehr verschlechtert worden. Als Beispiel führte Roßmann an, daß **ein bestimmter Kriegsbeschädigter, der im Jahre 1914 insgesamt 60 bis 65 Mk. monatlich erhalten habe, nach der Neuregelung im Jahre 1923 denselben Betrag erst im ganzen Jahre (!) zu beanspruchen habe.** Der Reichsfinanzminister habe sich nicht gescheut, in der Angelegenheit der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Kabinettsfrage zu stellen und die bürgerlichen Parteien seien davor zurückgewichen. Aehnliches habe man jedoch nicht gehört bei der Erhöhung der hohen Beamtengehälter. Roßmann übte harte Kritik an den geringen Fixsorgeerhöhungen, die jetzt den Kriegsopfern zugesprochen werden sollen. Die Politik der Rechtsparteien sei darauf gerichtet gewesen, vor allem den Reserveoffizieren zu helfen. Besonders eindrucksvoll schilderte Roßmann die Notlage der im Vorjahre abgefundenen Kriegsopfer, die geradezu zur Verzweiflung getrieben würden. Von großer Wirkung waren die Schlußsätze des Genossen Roßmann, der daran erinnerte, in welchem Elend sich die Vaterlandsverteidiger zehn Jahre nach Ausbruch des Krieges befinden. So werde die Todfeindschaft dieser Kriegsopfer gegen jeden Krieg noch erhöht, und diese zum Kampfe gerufen gegen alle diejenigen, die Reich und Volk in das alte monarchisch-kriegerische System zurückführen wollen.

Während der persönlichen Bemerkungen kam es zu stürmischen Auftritten. Abg. Genosse Roßmann stellte persönlich gegenüber den Kommunisten und Völkischen fest, daß **durch seine Bemühungen statt 25 Millionen, wie zuerst beabsichtigt war, 87 Millionen für die Kriegsopfer herausgeholt worden seien.** Den Völkischen erwiderte er, **daß für 46 000 Offiziere 180 Millionen Mark Pensionen ausgegeben würden. Nicht weniger als 16 Mitglieder der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion bezögen Pensionen von der Republik. Ludendorff allein 22 000 Goldmark im Jahre.** Diese Fraktion sei das reine parlamentarische Pensionat. **Breitscheid forderte den völkischen Abgeordneten Ahlemann auf, sofort seine Behauptung, er habe in Paris Landesverrat getrieben, zu spezifizieren und ferner seine Behauptungen außerhalb des Hauses so zu wiederholen, daß er gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden könne. Ahlemann zog sich sofort feige zurück.** Er erklärte, er habe von seinen Freunden gehört, daß Breitscheid zu Beginn des Ruhrkampfes einmal im Hause gesagt habe, die Sozialdemokraten vertreten nicht die Interessen Deutschlands, sondern der Welt. Breitscheid stellte fest, er habe damals unter stärkstem Protest gegen die Ruhrpolitik Poincarés erklärt, daß die So-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407251-19/fragment/page=0001

zialdemokraten mit ihrem Kampf gegen den Ruhreinbruch nicht nur Deutschlands Interessen, sondern die Interessen der Welt vertreten. Der deutschvölkische Ahlemann erklärte nun, er werde jetzt feststellen, was Breitscheid damals gesagt habe. Breitscheid erwiderte ihm, daß Ahlemann die schwerste verleumderische Beleidigung gegen einen deutschen Abgeordneten ausgesprochen habe, ohne die geringsten Unterlagen zu haben. Erst jetzt wolle sich Ahlemann bemühen, Beweise für seine Behauptungen zu beschaffen. Der Rückzug Ahlemanns war plötzlich. Die Sozialisten nannten ihn wiederholt einen Feigling, einen Verleumder und einen Schuft. Auch in der Mitte des Hauses wurden stürmische Pfuirufe gegen Ahlemann laut.

Die Abstimmung über die Anträge zur Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde auf Freitag vertagt.

Die Ludendorff-Küche.

Kriegserinnerungen.

Im Jüdischen Verlag, Berlin, läßt in der nächsten Woche der Berliner Rechtsanwalt Sammy Gronemann ein Buch erscheinen (Hardboloh und Zapfenstreich. Erinnerungen an die ostjüdische Etappe 1916 bis 18), das mit viel Humor und Witz eigener Prägung Schnurren aus dem Etappendasein und charakteristische Züge aus dem Leben der Ostjuden erzählt. Aus den dem „B. T." zur Verfügung gestellten Aushängebogen teilt uns die folgende Seite mit: „Ludendorff, wie er sich damals zeigte, hat sich durchaus nicht etwa als Judenfeind gezeigt. Er hat im Gegenteil oft bewiesen, daß er jüdische Hilfe und Mitarbeit zu schätzen wußte und sich häufig und gern jüdischer Hilfe bedient. Er hat jüdische Künstler herangezogen, sich mit ihnen stundenlang angeregt unterhalten und sich von ihnen Werke widmen lassen. Er ist auch gegen antisemitische Ausschreitungen mehr als einmal eingeschritten und er hatte damals volles Verständnis dafür, daß durch den Einbruch im neutralen Auslande nicht nur, sondern auch von anderen Gesichtspunkten betrachtet ein antisemitisches Gebaren das deutsche Interesse auf das empfindlichste schädigen würde. In Kowno war sogar durch Dr. Rosenack die Ludendorff-Küche eröffnet worden, in der die ganze Okkupationsgegend hindurch täglich viele hundert Portionen an arme Juden ausgeteilt wurden. Der General hatte das Protektorat bereitwillig übernommen, und bei der Eröffnungsfeier war von allen deutschen Rednern betont worden, daß der Name dieser Küche ein Wahrzeichen des dauernden und steigenden Interesses und Wohlwollens sein solle, das der Protektor für die jüdische Bevölkerung besäße. Von hoher Bewunderung jüdischer Art erfüllt und voll Dankbarkeit für das, was die jüdische Kultur der Welt gegeben habe, — so etwa ließ sich Exzellenz Ludendorff durch seinen Vertreter vernehmen —, sei er freudig bewegt, daß so ein Symbol seiner und des deutschen Volkes dauernder Sympathie für die Juden errichtet worden sei.

Zurückweisung der Zollvorlage durch den Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 25. Juli. (Radiodienst.)

Der Wirtschaftspolitische und Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat gestern in gemeinsamer Sitzung den Gesetzentwurf über Zölle und Umsatzsteuern beraten. Der amtliche Bericht behauptet dazu, daß die Absicht der Regierung, einen einheitlichen Schutz der gesamten nationalen Arbeit wiederherzustellen, von den beiden Ausschüssen mit 27 gegen 16 Stimmen gebilligt worden sei. In dieser Form ist die Meldung falsch. Der Antrag, der aus mehreren Teilen bestand, wurde in demjenigen Teile, der von dem Schutz der nationalen Arbeit sprach, mit einer Zufallsmehrheit von 2 Stimmen angenommen. Insbesondere stimmten die Arbeitnehmer gegen den Entwurf.

Weiter nahm der Ausschuß eine zweite Entschließung an, und zwar auch mit Stimmen von Arbeitgebern der Industrie und gegen den Einspruch der Regierung. In dieser Entschließung wird die Dringlichkeit der Getreidezölle geradezu bestritten; heißt es doch darin, daß der Zeitpunkt für die Verwirklichung der Agrarzölle unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reichs zu wählen ist. Mit anderen Worten besagt das, daß vorläufig an die Inkraftsetzung der Getreidezölle nicht zu denken ist. In der Tat würden sie für die breiten Massen eine ungeheure, unerträgliche Belastung bedeuten. In diesem Punkte ist die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates also eine Zurückweisung der Regierungsvorlage. Insbesondere gegenüber dem amtlichen Bericht ist das geradezu mit allem Nachdruck hervorzuheben.

Verfassungsfeier in Münster.

Münster, 25. Juli. (Radiodienst.)

Der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsinnenminister und der preußische Minister des Innern haben ihre Teilnahme an der am 10. August stattfindenden Verfassungsfeier der Stadt Münster zugesagt. Die Veranstaltung dürfte sich gleichzeitig zu einer Kundgebung für die besetzten Gebiete gestalten.

Unpolitischer Abbau der November-Verbrecher.

Von Philipp Scheidemann.

Unter den November-Verbrechern verstehen die Nationalisten bekanntlich nicht die Herren Ludendorff, Hitler usw., die im November 1923 von München aus die Republik zerstören wollten, sondern jene Männer, die im November 1918, als alles zusammengebrochen war, den gelungenen Versuch machten, das Reich zusammenzuhalten und das Volk vor dem Bolschewismus zu bewahren. Je weiter die nationalistischen Männer damals ausgerückt waren, je tiefer sie sich verkrochen hatten, um so weiter reißen sie jetzt, wie man weiß, das Maul auf, um so lauter schreien sie wider Republik und Demokratie.

Der deutschnationale Abgeordnete Deglerk, der für die reaktionären Beamten das Wort führt, hat in einer Versammlung in Kassel vor den Wahlen verkündet, was ja auch der Weisheit letzter Schluß des Herrn Hitler war und wohl noch ist: „Wenn wir an der Macht sind, müssen alle Sozialisten aus den Aemtern heraus!" So wurde monatelang landauf und landab der Schlachtruf verkündet: Heraus mit den Marxisten! Heraus mit den Novemberverbrechern! Nachdem die vereinigten reaktionären Parteien bei den letzten Wahlen in den Kommunen vielfach leider die Mehrheit erlangt hatten, gingen sie sofort daran, die Sozialdemokraten zu maßregeln. Als sie darauf aufmerksam gemacht wurden, daß ein „Abbau aus politischen Gründen" ausdrücklich untersagt ist, da schworen sie hoch und heilig, daß sie selbstverständlich nicht daran denken, aus „politischen" Gründen einen Beamten zu maßregeln. Um Gottes willen, nein! Wir entlassen nur unfähige und ungeeignete Beamte, solche, deren Arbeitskraft nicht voll ausgenutzt werden kann, wie zum Beispiel die Mitglieder der Parlamente, die zu viel in Berlin sein müssen — nur solche sollen abgebaut werden.

Zu der politischen Gehässigkeit und Bornriertheit gesellte sich damit die Feigheit. Daß es für eine Gemeinde kein Schaden ist, wenn ihre höchsten Beamten Mitglieder des Reichstages oder Landtages sind, ist in den letzten Jahren deutlich genug in die Erscheinung getreten, besonders in der Inflationszeit. Unter verständigen Menschen braucht man darüber kein Wort zu verlieren.

Wie und aus welchen Gründen man abbaut, zeigt mein eigener Fall vielleicht in der drastischsten Weise. Er soll kurz geschildert werden, weil er allgemeines Interesse beanspruchen dürfte, nicht aus persönlichen Gründen, die wirklich vollkommen gleichgültig sind.

In der ersten Sitzung der neu gewählten Stadtverordneten-Versammlung in Kassel begann die fragwürdige Mehrheit, die sich aus Deutschnationalen, Deutschen Volksparteilern, Völkischen und Zentrum zusammensetzt, sofort mit „praktischer Arbeit". Die Rechte beantragte ein Mißtrauensvotum gegen den Oberbürgermeister. Von 55 Stadtverordneten, die die Versammlung zählt, stimmten 24 für dieses Votum. Die anderen stimmten dagegen oder enthielten sich der Abstimmung, so daß es — obwohl in Wirklichkeit eine Mehrheit dafür nicht gestimmt hatte, angenommen war. Die Begründung des Mißtrauensvotums erfolgte durch den deutschnationalen Parteisekretär, der seit einem Jahre in Kassel wohnt und nie zuvor kommunalpolitisch tätig gewesen ist, in einer von A bis Z politisch zugespitzten Rede. In der nächsten Sitzung beantragte derselbe Parteisekretär den Abbau des Oberbürgermeisters wiederum mit politischer Begründung. Auch diesmal wurde der Antrag angenommen. In dem Einspruch, der fristgemäß erfolgte, wurde auf den § 21 der preußischen Abbauverordnung hingewiesen, der den „Abbau aus politischen Gründen" unbedingt verbietet. So aufmerksam gemacht auf die bisherige unhaltbare Taktik, gingen die Herrschaften über den Einspruch hinweg, beschlossen den Abbau und begründeten ihn nunmehr „sachlich" mit allerlei beabsichtigten Reformplänen in der Verwaltung. In der nunmehr folgenden Sitzung war eine Abstimmung nicht möglich, weil die Versammlung beschlußunfähig war. In der zweiten Sitzung, in der die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten wiederum den Saal verließen, wurde der Antrag natürlich angenommen. Nach den Bestimmungen der Städteordnung für Hessen-Nassau hätte in dieser zweiten Sitzung der Antrag auch für angenommen erklärt werden müssen, wenn nur drei Stadtverordnete im Saale gewesen wären und davon zwei für den Antrag gestimmt hätten.

Der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung kann, wenn nicht Recht und Gesetz vor aller Welt mit Füßen getreten werden sollen, nicht aufrechterhalten werden. Es kommen drei Gesichtspunkte in Betracht:

1. Sie hat gegen den § 32 der Städteordnung für Hessen-Nassau verstoßen, indem sie eine Stelle abbaut, die nicht abgebaut werden kann, solange die Städteordnung für Hessen-Nassau zu Recht besteht;

2. Sie hat — wenn sie sich darauf berufen sollte, nicht die Stelle, sondern nur den Stellen-Inhaber abbauen zu wollen — bei der Aufsichtsbehörde nicht zuvor festgestellt, ob sie der Wiederbesetzung der durch den in den einstweiligen Ruhestand zu versetzenden Stellen-Inhaber freigewordenen Stelle zustimmen wird. (I, B 2 der preußischen Abbauverordnung, Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung vom 15. März 1924 Nr. 12, Seite 279, Absatz 4);

3. Sie hat gegen den § 21 der preußischen Abbauverordnung verstoßen, der den Abbau aus politischen Gründen verbietet.

Aus den zur Begründung des unpolitischen Abbaues in Kassel gehaltenen Reden möge zur Unterhaltung und Belehrung der Leser hier nur dies wenige angeführt werden: Der deutschnationale Landessekretär Steuer hatte in einer Versammlung vor der Wahl angekündigt: „Der Hochverräter muß vom Rathause! Der Mann des 9. November gehört auf keinen Posten in Deutschland!" Nach der Wahl sagte dann derselbe Herr als Stadtverordneter in der ersten oben erwähnten Sitzung u. a.:

„Man war (schon bei seiner Wahl) überzeugt, daß er sich wahrscheinlich nicht darauf beschränken würde, sein Mandat auszuüben, sondern daß er Träger politischer Agitation in der Stadt bleiben würde, der er als Oberbürgermeister vorsteht, die seiner Verwaltung unterstellt ist . . .

Die Tatsache, daß der Oberbürgermeister auch in der Folgezeit weit über die Mauern der Stadt hinaus Vorkämpfer seiner politischen Anschauung war, hat dazu geführt, daß das Vertrauen zu seiner Verwaltungstätigkeit nicht gestärkt wurde. Ich will niemand einen Vorwurf daraus machen, aber es ist ausgeschlossen, daß man in dieser Weise, wie der Oberbürgermeister eine politische Ueberzeugung vertritt und zugleich bemüht ist, die Interessen einer Stadt zu vertreten. Es geht nicht an, beides gleichzeitig zu tun. Man kann nicht in der gleichen Stadt ein Amt ausüben, das den Charakter der Unparteilichkeit tragen soll, und gleichzeitig als Politiker im Vordergrund stehen . . ."

Das ist gewiß sehr unpolitisch. Wenn sich in Deutschland ein richterlicher Ausschuß finden sollte, der in dem geschilderten Abbau eine politische Maßregelung nicht erblickt, dann würde das, soweit ich persönlich in Betracht komme, lediglich bedeuten, daß ich wieder gänzlich frei werde für den Kampf, der jetzt, wie mir scheint, am rücksichtslosesten geführt werden muß: Wider die Reaktion!

Für die Heimkehrer.

Berlin, 25. Juli. (Privattelegramm.)

Mehrere Blätter teilen mit, daß die Reichsregierung beschlossen habe, beim Reichspräsidenten den Erlaß einer Notverordnung nachzusuchen, die in erster Linie die Bestimmung enthalten soll, daß die widerrechtlich besetzten Wohnungen der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen sofort zugunsten der Heimkehrer geräumt werden müssen. Für die von der Reichsvermögensverwaltung im besetzten Gebiet erbauten aber noch nicht vollendeten Wohnungen ist ein Kredit beim Reichsfinanzminister angefordert worden. Ferner soll die Möglichkeit bestehen, aus Nordfrankreich Holzhäuser, die das Deutsche Reich seinerzeit der französischen Regierung hat liefern müssen, die aber von dieser nicht aufgestellt worden sind, zurückzukaufen. Schließlich sind von den in Frage kommenden Ministern Schritte bei der Reichsvermögensverwaltung eingeleitet worden, um den Heimkehrern Ersatzmöbel zu beschaffen.

Russisch-japanische Annäherung?

London, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Blätter melden aus Tokio, daß die japanische Regierung jetzt bereit sei, Rußland anzuerkennen. Diese Absicht beruht auf einem Kabinettsbeschluß, der die schon wiederholt zum Ausdruck gekommenen Bestrebungen zu einer japanisch-russischen Annäherung erneut zum Ausdruck bringt. Die jetzt eingeschlagene japanische Politik gegenüber Rußland ist teilweise auf die amerikanische Politik gegenüber Japan zurückzuführen.

Disziplinarverfahren gegen Dr. Zeigner. Nach einem Beschluß des Gesamtministeriums in Dresden ist auf Grund des rechtskräftig gewordenen Gerichtsurteils gegen den früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigner dem Antrag auf Einleitung eines Verfahrens vor dem Disziplinargericht gegen Dr. Zeigner stattgegeben worden. Mit der Ausübung der staatsanwaltschaftlichen Funktionen ist der Ministerialrat Dr. Rauschenbach im Justizministerium beauftragt worden. Ferner beschloß das Gesamtministerium, daß den früheren Ministern Böttcher, Heckert und Dr. Zeigner nach dem Wunsche des Landtagsausschusses zur Untersuchung der Amtsführung des früheren Ministers Böttcher die Genehmigung zur Aussage vor dem Ausschuß erteilt wird.

Vorbereitende Maßnahmen. Von dem bei der Micum und bei der Regie beschäftigten deutschen Personal wurden 75 Prozent zum 1. September gekündigt.

Autosuggestion, der Weg zur Selbsterziehung.

Viel zu wenig gelesen wird das Buch über „Suggestion und Autosuggestion" von Charles Baudouin, das deutsch im Sibyllenverlag zu Dresden erschienen ist. Welche Wirkung es auf geistig entwickelte Menschen auszuüben vermag, zeigt folgender Brief meines Freundes, der im vierten Jahre Philosophie und Nationalökonomie studiert; er schreibt über das Buch:

„Den Baudouin las ich in zwei Tagen mit großem Eifer; er hat mir endlich das gebracht, was schon lange ich gesucht habe: die Möglichkeit der Beherrschung meines Körpers durch das Gehirn. Ich werde zu einem intensiven Erleben meines Ich kommen können, wenn ich die Bahnen gehe, die die Schule von Nancy weist, den Weg des Coueismus, wie die Engländer das System nach dem Begründer Coué benannt haben. Mit wachsender Energie habe ich das Buch durchstudiert und sofort seine Wirkung auf mich verspürt. Wissenschaftlich gesehen gehört dieser ganze Gedankenbau in die Richtung Bergson-Freud. Bergson hat den Gegensatz Intellekt — Intuition aufgedeckt. Freud hat das Unterbewußte erforscht in seinen Funktionen. Coué wendet das Wissen um dieses Unter-, besser Unbewußte praktisch an auf dem Wege der Suggestion. Als ich mich bis zu der Darstellung der Autosuggestion durchgearbeitet hatte, ergriff mich eine freudige Stimmung, weil mir bewußt wurde, daß nun erst ich ganz aufleben würde, da mir die Quellen des Unbewußten entdeckt worden und mir Wege gewiesen, mich nach jeder Richtung zu entfalten durch systematische Beeinflussung meiner unbewußten Kräfte. Ich kann gar nicht zweifeln an der Richtigkeit der Lehren von Coué; die Wissenschaft weiß ja schon lange in diese Richtung, die Indier, Yogis, die Wundermänner und andere wußten wenigstens erfahrungsmäßig um diese Dinge."

In diesem Hinweis auf das Baudouinsche Buch kann die Lehre selbst natürlich nicht entwickelt werden, wohl aber ihre Eigenart kurz charakterisiert werden. Ein nicht gering zu schätzender Vorteil ist die große Einfachheit der Methode, die es jedem ermöglicht, das zu erfassen, worauf es ankommt. Suggestion ist die unterbewußte Verwirklichung einer Idee, d. h. eine Idee, die in uns gedrungen ist, wird nach einem unbewußten Werdegang Wirkungen in uns hervorbringen. Dieses Eindringen von Ideen in uns (Idee = Vorstellung = Anschauung + Begriff) kann durch uns selbst geschehen (Autosuggestion) entweder unwillkürlich oder beabsichtigt; es kann auch durch andere Personen geschehen, dann sprechen wir von Heterosuggestion. Die zweite Form, die beabsichtigte Suggestion, muß nun ausgebildet werden, wenn wir unsere Lebensführung bewußt regeln wollen. Die Regeln für diese Ausbildung werden in dem Buche systematisch entwickelt (in gedrängter Form auf Seite 174 zusammengefaßt, für jeden ohne weiteres einleuchtend). Von größter Wichtigkeit für diese ganze Methode ist das Wort Coués: „Nur allein darf der Wille bei der Anwendung der Autosuggestion keinerlei Rolle spielen." Der Wille ist dazu da, auf die physische, äußere Welt einzuwirken, die Suggestion, die auf uns selbst wirken soll, ist dem Wesen nach vom Willen verschieden; für die Beeinflussung des Ich gilt das Gesetz der das Gegenteil bewirkenden Anstrengung. Diese wichtige Unterscheidung, die uns von einem allzu eifrigen Studium der Außenwelt zur Beschäftigung mit unserer eigenen Person zurückführt, gibt dem einzelnen die Möglichkeit, sich durch suggestive Selbsterziehung weitgehend zu vervollkommnen.

II.

Wettkampf zwischen Rechner und Rechenmaschine. Ein neuartiger Wettbewerb fand kürzlich in Paris statt. Es handelte sich um den berühmten italienischen Rechenkünstler Inaudi, der seit zwanzig Jahren durch seine fabelhaften Rechenkünste die Besucher seiner Vorstellungen in Staunen und Bewunderung versetzte. Denn Inaudi löst in einem Augenblick die verwickeltsten mathematischen Probleme. Seit aber die Rechenmaschinen erfunden wurden, war er mit seinen Künsten stark in den Hintergrund getreten, eine Vernachlässigung, für die er jetzt glänzende Revanche genommen hat. Professor Maurice d'Ocagne von der Pariser Technischen Hochschule war es, der die Anregung zu einem Wettbewerb zwischen Inaudi und den Rechenmaschinen gab, ein Kampf, der kürzlich in Paris zum Austrag gebracht wurde. Inaudi stand einem Dutzend der besten Rechenmaschinen gegenüber. Bei den ersten Uebungen, die sich auf die Grundbegriffe des Rechnens: Addition, Subtraktion, Multiplikation und Division, bezogen, behauptete Inaudi mühelos den Vorang. Als es dann an das Ausziehen von Quadrat- und Kubikwurzeln ging, verlor er etwas an Boden, den er aber in der Schlußrunde, als es sich darum handelte, komplizierte Probleme der Mathematik zu lösen, rasch wieder einholte. Die Maschinen schwiegen hier, und das menschliche Hirn konnte leicht über sie triumphieren.

Eine Arbeiter-Buch- und Bildausstellung in Leipzig.

Gelegentlich der Kulturwoche in Leipzig vom 2. bis 6. August findet in den Meßräumen am alten Theater eine Arbeiter-Buch- und Bildausstellung statt. Sie wird einen Ueberblick über das den Arbeiter interessierende wissenschaftliche und belletristische Schrifttum geben und daneben auch eine Auswahl guten künstlerischen Wandschmuckes und Hausrates bringen. Auch der sozialistische Buchhandel wird sich an dieser Ausstellung beteiligen. Die Ausstellung wird während der ganzen Kulturwoche zugänglich sein. An jedem Tag werden Führungen und orientierende Vorträge stattfinden. Eine Besichtigung der Ausstellung dürfte daher für alle Teilnehmer an der Leipziger Kulturwoche von Wert sein. Vor allem seien die an der Verbreitung guter Bücher und Bilder interessierten Organisationen und Buchhandlungen zur Beschickung der Kulturwoche aufgefordert. Ebenso wird eine vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit bearbeitete Lichtbildserie „Der Arbeiter und sein Buch", die interessante Angaben und Bilder über das Verhältnis zum Arbeiter und sein Buch bringt, auf der Leipziger Kulturwoche zum ersten Male gezeigt werden. Anmeldungen zur Kulturwoche mit näheren Angaben der Quartierwünsche sind zu richten an das Leipziger Arbeiter-Bildungs-Institut, Brauhstraße 17.

Aerztemangel in Amerika. Während bei uns der Aerzteberuf überfüllt ist, leidet Amerika an einem immer fühlbarer werdenden Mangel an Aerzten. Die Zahl der medizinischen Fakultäten in den Vereinigten Staaten ist in den letzten 20 Jahren von 159 auf 82 zurückgegangen, die der Medizin Studierenden von 20 000 auf 17 000. In den Süd- und Oststaaten sind die Aerzte durchschnittlich 60 Jahre alt, und für die, die sterben, findet sich selten Ersatz. Philadelphia zählt 1 Arzt auf 526 Einwohner, Pittsburg 1 auf 447, aber im übrigen Staat von Pennsylvanien kommt 1 Arzt auf mehr als 1000 Einwohner, in New Hampshire sind 110 Städte von 226 ohne einen dort ständig wohnenden Arzt, in einzelnen Städten haben sich sämtliche Einwohner zusammengetan, um einem Arzt eine jährliche Einnahme von 3000 Dollar zu garantieren, da sie nur auf diese Weise einen Arzt zur Niederlassung bewegen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407251-19/fragment/page=0002

Verräter am Volk.

Das Bedürfnis der deutschen Patrioten, mehr und mehr den Beweis zu liefern, daß sie in Wirklichkeit Verräter am Volke sind, wird von Tag zu Tag größer, obwohl sie glauben, durch ihre Politik den gegenteiligen Eindruck im Volke zu erwecken. Insbesondere die deutschnationale Fraktion entwickelt in dieser Beziehung einen starken Eifer, denn es vergeht kaum ein Tag, an dem sie sich bemüht, die Taktik der französischen Delegation in London indirekt bestimmen zu helfen. Bekanntlich besitzt Herriot in der Kammer eine Mehrheit, die jedoch nicht so stark ist, daß er ohne jede Rücksicht auf die verhältnismäßig starke Opposition des Nationalen Blocks regieren kann. Dieser Nationale Block lebt aber im wesentlichen von der Politik der Deutschnationalen und der Völkischen. In Wirklichkeit ist es also die deutsche Rechte, die das Werk der Verständigung erschwert und die deutschen Interessen schädigt, indem sie dem Nationalen Block erst zu seiner Opposition verhilft, die Herriot mit Rücksicht auf seine großen Ziele im Augenblick nicht ganz unberücksichtigt lassen kann. Vor allen Dingen hat die Stellungnahme der Deutschnationalen zu der Londoner Konferenz, noch bevor deren Beratungen überhaupt irgendeine Aussicht für einen Mißerfolg oder Erfolg zu erkennen gaben, in dem gekennzeichneten Sinne ihre Wirkung gehabt. Das gleiche gilt von dem deutschnationalen Antrag, der von der Regierung die Ablehnung der Ratifikation des Washingtoner Abkommens und die Kündigung der deutschen Mitgliedschaft im Internationalen Arbeitsamt verlangt.

Diese Beschlüsse werden im Ausland ernster genommen, als es ihnen zukommt und deshalb wirken sie augenblicklich unter Berücksichtigung der innerpolitischen Lage in Frankreich beeinflussend auf die Stellungnahme der französischen Delegation in London zuungunsten des deutschen Volkes. Diese Wirkung entsteht hauptsächlich auch deshalb, weil man in Frankreich und England mit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung rechnet, sobald das Sachverständigengutachten verabschiedet ist. Herriot betreibt deshalb eine Politik der Vorsicht, um in Zukunft für den Fall freie Hand zu haben, daß die deutschnationalen Mauselhelden den Versuch machen sollten, ihre unverantwortliche Agitationspolitik als Regierungspartei in die Tat umzusetzen. Daher die Tatsache, daß die französische Politik leider auch jetzt wieder unter dem Eindruck einer deutschen Revanche steht. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß wir diesen Mangel an Sicherheitsgefühl im französischen Volke nicht für berechtigt halten, weil die Alliierten im Falle einer deutschen Revanche und bei absichtlichen deutschen Verfehlungen stark genug sind, sich gegen die deutschen Kriegshelden in einmal 24 Stunden durchzusetzen. Leider aber wirken die „Deutschen Tage" und die Kundgebungen der Gymnasiasten auch in Frankreich mehr als schöne Versicherungen.

Der Wille, in Frankreich ein gewisses Angstgefühl hervorzurufen, die Opposition gegen Herriot zu stärken und so den Willen des französischen Ministerpräsidenten zur Verständigung zu begrenzen, ist tatsächlich das eigentliche Ziel der Deutschnationalen und Völkischen, die nur auf diese Art neue Bedrückungen unseres Volkes erwarten, von denen sie dann wieder monatelang leben können. Der französische Ministerpräsident dient deshalb nicht dem großen Ziele der Verständigung, wenn er mit der Absicht, die Opposition im eigenen Lande zu entkräften, sich in seiner Politik zu stark von der innerpolitischen Lage Deutschlands leiten läßt. Diese Rücksichtnahme führt zu einer Stärkung der Reaktion in Deutschland und schließlich wieder zu einer Kräftigung der Opposition im eigenen Lande. Die erstrebte Absicht kann deshalb nur vorübergehend in Erscheinung treten. Dem Gedanken der Völkerverständigung kann Herriot lediglich dienen, wenn er unter Berücksichtigung der Interessen seines eigenen Landes, aber ohne Prestige, sich bemüht, auch Deutschlands Notlage zu verstehen und Rechnung zu tragen. Diese Politik bedeutet gleichzeitig eine Unterstützung der deutschen Demokratie, die der französische Ministerpräsident bei seinem Regierungsantritt ebenfalls als Ziel seiner Bestrebungen verkündet hat.

Wallraf und die Kommunisten.

Das „Vertrauensvotum" für den Präsidenten.

Unter diesen Ueberschriften schreibt der „Vorwärts" in seiner Dienstag-Abendausgabe:

Die gestrige Reichstagssitzung, in der über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten Wallraf abgestimmt wurde, darf nach mehr als einer Richtung noch das Interesse in Anspruch nehmen. Der Präsident hat dem Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof die Erlaubnis erteilt, im Fraktionszimmer und in den Schränken der kommunistischen Abgeordneten Haussuchung und Beschlagnahmen vorzunehmen. Begründet war der Antrag wie die Genehmigung mit dem dringenden Verdacht, daß in den Fraktionsräumen sich Dokumente über eine kommunistische Mordorganisation befänden. Nachträglich hat Wallraf auch noch die Genehmigung erteilt, daß Dokumente und Schriften zurückbehalten werden, die den Verdacht auf Hochverrat rechtfertigen.

Mit dieser nachträglichen Genehmigung hat er den Boden verlassen, der seiner ersten Erlaubnis noch einigermaßen Rechtfertigung gewähren konnte. Was für Mordkomplotte, also gemeine Verbrechen, unter Umständen gestattet ist, kann für das politische Verbrechen des Hochverrats nicht in Frage kommen. Herr Wallraf hat die Immunität der Abgeordneten also auch in politischer Hinsicht preisgegeben.

Deshalb war es begreiflich, daß die betroffene kommunistische Fraktion gegen ihn offenes Mißtrauen aussprach und durch einen Antrag im Reichstag dokumentierte. Es ergab sich nun, daß 196 Abgeordnete den monarchistischen Präsidenten auf jeden Fall deckten, 106 Abgeordnete — hauptsächlich sozialdemokratische und völkische — sich der Stimme enthielten, was praktisch auf Vertrauensverweigerung hinausläuft, und 29 kommunistische für den kommunistischen Antrag stimmten. Das heißt, die Kommunisten haben ihren Antrag selbst nicht so hoch bewertet, daß sie auch nur sämtlich zur Stelle waren, um den „Präsidenten des Verfassungsbruchs", wie Katz ihn nannte, zu stürzen. Die Fraktion zählt 63 Abgeordnete, aber nur 29 sind anwesend, wenn es eigene Anträge von solcher politischen Tragweite zu beschließen gibt. Das ist eine Pflichtvergessenheit, die angeprangert werden muß. Aber die „Rote Fahne" geht schamhaft darüber hinweg. Sie zählt zwar die 196 Wallraf-Stimmen und die 106 Enthaltungen auf, spricht aber sonst nur von den „Stimmen der kommunistischen Fraktion". Wo waren die 34 Fehlenden, als es galt, das verletzte Recht der Kommunisten wiederherzustellen?

Weder Wallraf noch die Fraktion Katz brauchen stolz auf die gestrige Sitzung des Reichstags zu sein. Der eine nicht wegen der geringen Mehrheit, die er in solcher wichtigen Frage hinter sich hat, die andere nicht wegen des erbärmlichen Eindrucks, den ihre „sittliche Entrüstung" machen muß, während mehr als die Hälfte der Abgeordneten eine solche Sitzung schwänzt!

Streicher ausgeschlossen. Bei der am 22. Juli von der Deutschen Arbeiterpartei Nürnbergs abgehaltenen Versammlung wurde gegen drei Stimmen beschlossen, Streicher nicht mehr als Führer der völkischen Bewegung anzuerkennen und Adolf Hitler weiterhin Treue zu halten. Die Jugendmannschaft der Deutschen Arbeiterpartei hat beschlossen, Streicher aus der Partei auszuschließen.

Voreinladung an Deutschland erfolgt

Aufforderung Mac Donalds an die deutsche Regierung, sich bereit zu halten.

Die Verhandlungsbasis.

„Kein Zweifel an dem Zustandekommen einer Einigung."

Paris, 25. Juli. (Radiodienst.)

Nach dem „Petit Parisien" hat Mac Donald am Donnerstag im Einvernehmen mit den anderen Delegationschefs und nach Rücksprache mit den juristischen Sachverständigen eine Mitteilung an die deutsche Regierung ergehen lassen, in der diese ersucht wird, sich bereitzuhalten, ihre Delegierten nach London zu senden. Wie der „Petit Parisien" dazu von gutunterrichteter Seite erfahren haben will, scheint man sich in den Kreisen der Konferenz die Verhandlungen mit Deutschland wie folgt zu denken: An Hand der den Juristen von der Konferenz gestellten Fragen haben diese die Aufgabe, genau diejenigen Punkte zu bestimmen, in denen das Sachverständigengutachten über die Deutschland im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen hinausgeht. Auf diese Punkte soll die Diskussion zwischen den deutschen Delegierten und den alliierten Kabinetten beschränkt werden. In allen übrigen Fragen, insbesondere soweit sie die Art der Durchführung betreffen, soll die deutsche Regierung an die Reparationskommission verwiesen werden, die aller Voraussicht nach ebenfalls in den nächsten Tagen nach London kommen wird.

Paris, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In der Aussprache, die am Donnerstagmorgen zwischen den vier Delegations-Chefs bei Ramsay Mac Donald stattgefunden hat, ist angeblich nach den hier vorliegenden Meldungen von den Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Sanktionen und den von den Blättern geforderten politischen Garantien überhaupt nicht die Rede gewesen. Die Unterredung soll ausschließlich der Frage gegolten haben, in welcher Form die Einladung an die deutsche Regierung zu erfolgen habe. Es geht daraus hervor, daß nicht nur die Einladung, obwohl die Juristen ihr Gutachten noch nicht erstattet haben, beschlossene Sache ist, sondern daß man auch innerhalb der Konferenzkreise trotz der bestehenden Gegensätze nicht an dem Zustandekommen einer Einigung zweifelt. Hier verlautet, daß die französische Delegation bereit sei, die von Theunis vorgeschlagene Kompromißformel über die Feststellung deutscher Verfehlungen unter der Bedingung anzunehmen, daß wenigstens der konsultative Charakter dieser Kommission festgelegt und der § 4 der ursprünglichen Vereinbarung mit seiner akademischen Anerkennung der den einzelnen Mächten aus dem Friedensvertrag zustehenden Rechte aufrechterhalten bleibt.

Wann erfolgt die offizielle Einladung Deutschlands?

Donnerstag oder Freitag nächster Woche. • Französische Zustimmung zum belgischen Vermittelungsvorschlag.

London, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Kommissionen der Londoner Konferenz, mit Ausnahme der ersten Kommission, setzten am Donnerstagvormittag bzw. nachmittag ihre Arbeiten fort. Auch die Hauptdelegierten hielten unter dem Vorsitz Mac Donalds eine Besprechung ab, die hauptsächlich der Sicherung der Anleihe und infolgedessen gleichzeitig der Regelung der Sanktionsfrage galt.

Die Einladung Deutschlands wird auf Grund der Bildung einer juristischen Kommission durch die Vollkonferenz bereits als gesichert betrachtet. Die Reichsregierung soll durch den englischen Vertreter in Berlin in diesem Sinne auch schon instruiert sein. Offiziell wird die Einladung jedoch erst erfolgen, wenn der Zweiterausschuß an die Vollkommission seinen Bericht erstattet hat. Diese Sitzung dürfte kaum noch in dieser Woche stattfinden. Eine Einladung Deutschlands kommt also wahrscheinlich erst für Donnerstag oder Freitag nächster Woche in Frage. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die Beratungen der Londoner Konferenz insgesamt noch fast 14 Tage in Anspruch nehmen werden. In London rechnete man damit, daß die Verhandlungen mit Deutschland innerhalb drei Tagen beendet werden können.

Im Verlauf der Besprechungen, die der amerikanische Staatssekretär Hughes mit englischen Bankiers führte, hat er, wie durch aus zuverlässig verlautet, darauf verwiesen, daß Amerika an den europäischen Schulden und an der Festigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas stark interessiert sei und deshalb sein Möglichstes zur Regelung dieser Angelegenheit tun werde. Ferner soll Hughes zum Ausdruck gebracht haben, daß eine günstige Regelung der französischen Schulden an Amerika zu erwarten sei, wenn Frankreich den Ansichten der amerikanischen Bankiers Rechnung trage. Der belgische Ministerpräsident habe diese Erklärungen zum Anlaß einer eingehenden Besprechung über die Sanktionsfrage mit Herriot genommen. (Daher wahrscheinlich auch die an anderer Stelle gemeldete Zustimmung der französischen Delegation zum belgischen Vermittlungsvorschlag. — Red. des „Volksbl.")

Demokratische Kritik an Herriot.

„Frankreich erntet die bitteren Früchte seiner Ruhrpolitik."

Paris, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Kritik an Herriots Haltung in London nimmt, wie aus den Zitaten der Blätter ersichtlich ist, von Tag zu Tag schärfere Formen an. Man versteht es in den Kreisen der Mehrheit des 11. Mai nicht, daß Herriot, der in seiner ersten offiziellen Erklärung als Ministerpräsident die Politik Poincarés aufs entschiedenste verurteilte und abgelehnt hat, heute in London durch sein Festhalten an den nach seinem eigenen Bekenntnis praktisch wertlosen und leeren Formeln und äußeren Argumenten seines Vorgängers das Gelingen der Konferenz in Frage stellt. Selbst die „Information" findet es absurd, wenn die alliierten Regierungen sich in der Frage der Zuziehung Deutschlands zur Konferenz hinter Kleinigkeiten verschanzen und die politische Entscheidung von dem Disput über die Bedeutung eines Kommas und den Haarspaltereien über die Interpretation zweifelhafter Vertragsstellen abhängig machten. Aehnlich wie bereits am Donnerstagmorgen die „Ere Nouvelle" und der „Quotidien" vermag auch der „Paris Soir" die gegenwärtige kritische Lage nicht zu verkennen. So bedauerlich die Brutalität sei, mit der man Frankreich behandle, so dürfe man doch nicht verkennen, daß Frankreich die bitteren Früchte seiner Ruhrpolitik ernte. Es sei nicht die Loyalität Herriots, an der man in London zweifele, sondern man wolle nach den Erfahrungen der Vergangenheit Garantien für die Zukunft haben. In den Blättern der Rechten wird neben der internationalen Finanz vor allem die englische Politik, der man mangelnde Unterstützung der französischen Sache zum Vorwurf macht, scharf angegriffen. Immerhin ist es für die Mentalität, die selbst in diesen Kreisen herrscht, charakteristisch, wenn ein so ultranationalistisches Blatt wie die „Liberté" am Donnerstag den Nachweis zu führen sucht, daß es sich bei dem französischen Anspruch auf Wahrung seines Rechts zu Sonderaktionen um eine rein theoretische Prinzipienfrage (!) handle, da kein Mensch in Frankreich ernstlich daran denke, sich ihrer jemals zu bedienen. Der „Temps" lehnt es ab, die Situation als kritisch anzusehen, und gibt der Auffassung Ausdruck, daß eine Lösung gefunden werden könne. Im Grunde handle es sich nicht um die Frage der Sanktionen, sondern um die Sicherung des Friedens, und diese könne am einfachsten erreicht werden, wenn die Konferenz, gleichviel in welcher diplomatischen Form, ein Protokoll unterzeichne, in dem sich sämtliche beteiligten Mächte, besonders England, Frankreich und Deutschland, verpflichten, nichts zu tun, was den Frieden stören oder auch nur gefährden könne.

Aus aller Welt.

Das bayerische Fallbeil.

Eine Wiedererörterung der Ordnungszelle.

München, 25. Juli. (Radiodienst.)

In Landshut erfolgte am Donnerstag eine Doppelhinrichtung durch Fallbeil. Enthauptet wurden der 35jährige Hofbesitzer Fischer und der 19jährige Anstreicher Stutteren, die gemeinsam die Ehefrau Fischers erschossen hatten. Die Hinrichtung ist deshalb bemerkenswert, weil sie an die Stelle der Verurteilung zum Tode durch Erschießen wieder die Methode der Hinrichtung mit Fallbeil setzt. Die Hinrichtung der zum Tode verurteilten Verbrecher durch Fallbeil beruht bekanntlich auf einem Kabinettsbeschluß der bayerischen Regierung. (!) In Landshut hat dieser Beschluß am Donnerstag die erste Durchführung erfahren.

Auch eine Lungenheilstätte.

Die Massenvergiftungen in Görbersdorf.

Ueber die Zustände in der Lungenheilstätte Görbersdorf berichtet im Anschluß an die Massenvergiftungen der „Bergwart" u. a. das Folgende:

In der Heilstätte sei heute von dem sozialen Geist, in dem Dr. Brehmer die Anstalt gründete, nichts mehr zu spüren. Die Anstalt sei ein privatwirtschaftliches Ausbeutungsorgan, und die Patienten der Reichsversicherungsanstalt seien die Objekte davon. Jetzt gehöre die Anstalt einer Familien-G. m. b. H. von 11 Familien mit 30 Erben, die ängstlich darauf bedacht seien, daß aus dem Betrieb der Anstalt mindestens so viel herauskommt, daß es zu ihrem standesgemäßen Leben reicht. Der Park sei verwildert, und die Gebäude würden nur notdürftig vor dem Verfall bewahrt. Die Ernährung der Lungenkranken sei völlig unzureichend. Sie erhielten täglich 20 Gramm Butter, 40 Gramm Fleisch, ½ Liter Magermilch, Blümchenkaffee, Wald- und Wiesentee ohne Beschränkung. Gemüse war ein Leckerbissen; nur Kartoffeln gab es unbeschränkt. Beschwerden über die ungenügende Verpflegung waren vergeblich. Die Kranken waren daher gezwungen, selbst in die Tasche zu greifen und sich viel Nahrungsmittel, auch Brot, zu kaufen.

Wörtlich fährt der Bericht dann fort: „Nur so war es möglich, daß am Sonntag, dem 13. Juli, ein Mittagessen vorgesetzt wurde, das durch und durch verdorben war (in der amtlichen Versicherung ist noch gar nicht festgestellt, ob es die Erdbeerspeise allein war). Weit über 200 Patienten, Angestellte und Dienstmädchen erkrankten unter den fürchterlichsten Qualen, die von den Vergiftungserkrankungen verursacht wurden.

In dem Bericht des Kreismedizinalrates heißt es: Die Anstalt hat sich der Lage in jeder Weise gewachsen gezeigt. Diese Worte haben bei allen Patienten ein Lächeln hervorgerufen. Wir stellen deshalb fest, daß in der Nacht vom Sonntag zum Montag nicht nur alle Patienten, sondern auch die Schwestern und Aerzte erkrankten, so daß nur ein Assistenzarzt der Nebenanstalt und eine Schwester für mehr als 200 Personen, die erkrankt waren, vorhanden waren.

Die Kranken waren sich selbst auf Gedeih und Verderben überlassen und schrien teilweise wie ein Stück Vieh. Erst Montag kurz vor Mittag wurde die Weiersche Anstalt um Hilfe angegangen. Erst in den folgenden Tagen setzte nach und nach eine angebrachte Behandlung der Kranken ein. Fünf Todesopfer sind zu verzeichnen: der in seinem Fach tüchtige Oberarzt Dr. Rowe, der noch unter Dr. Brehmer tätig gewesene 84jährige Bademeister, ein Privatpatient und zwei Versicherungspatienten sind die Opfer. Ein Drittel der Patienten liegt noch zu Bett, und die anderen zwei Drittel hinken herum wie die Fliegen und hoffen auf Erkolung der überstandenen Leiden. Alle müssen feststellen, daß der bisherige Erfolg ihrer Kur zunichte ist. Gewichtsverluste bis zu 18 bis 20 Pfund sind pro Person zu verzeichnen. Wird man jetzt die wahren Ursachen erkennen und abstellen? Wird man die wahren Schuldigen zur Verantwortung ziehen?

Mord und Doppelselbstmord.

Schwerin, 24. Juli.

In Hageboek bei Neuburg wurde die Tagelöhnerfrau Anklee ermordet in ihrer Schlafstube vorgefunden. Die Leiche wies Druckstellen am Halse auf. Kurze Zeit nach der Entdeckung des Mordes wurden die Schwiegereltern der Anklee erhängt auf dem Hausboden aufgefunden. Man nimmt an, daß sie die Tat vor dem gemeinsamen Selbstmord begangen haben. Zwistigkeit familiärer Natur und die Tatsache, daß die Ermordete in eine Nervenheilanstalt überführt werden sollte, dürften mit den Vorgängen in innerem Zusammenhang stehen. Der Ehemann der ermordeten Frau Anklee war zur Zeit der Tat nicht im Hause anwesend.

Ein Diebeslager zwischen Doppelmauern.

Hamburg, 24. Juli.

Eine Firma, die in den letzten Wochen durch umfangreiche Straßenreklame aufgefallen war, hat sich jetzt als ein Schwindelunternehmen entpuppt. Als der Inhaber der Firma, der Kaufmann Max Hilker, große Warenmengen, die er aufgekauft hatte, nicht bezahlte, stellte einer der Gläubiger Nachforschungen an und machte die Entdeckung, daß das Lager der Firma völlig leer war. Kriminalbeamte, die nun nach dem Verbleib der Waren forschten, brachten in Erfahrung, daß Hilker, der keinerlei Aufsagen machte, Kellerräume gemietet hatte. Doch auch diese waren leer. Bei Ausmessungen in den Kellern stellte es sich heraus, daß die Räumlichkeiten plötzlich wesentlich kleiner waren als vorher. Es ergab sich, daß Hilker durch Errichtung von Mauern sich Verstecke geschaffen hatte. Die Mauern wurden eingerissen, und nun fanden die Beamten Warenbestände, die einen Mindestwert von 100 000 Mk. haben sollen. Nicht weniger als 398 schwere Pakete, 200 kleinere Pakete und ein großer Haufen loser Konfektionswaren wurden aus dem Versteck hervorgeholt.

Vier Personen vom Blitz getroffen. Ein schweres Gewitter, begleitet von starkem Hagelschlag, ging in der vergangenen Nacht über die östlichen Vororte von Berlin nieder. Von besonderer Heftigkeit war das Unwetter in der Umgegend von Erkner. In dem Dorf Schönwalde an der Spree schlug der Blitz in ein Bauernhaus ein, wobei vier Personen getroffen und ein zwölfjähriges Mädchen getötet wurden. Auch aus anderen Stellen des Reiches liegen Meldungen über schwere Unwetter vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407251-19/fragment/page=0003

1000 Paar Turnschuhe mit angegossener Gummisohle sind wieder eingetroffen

Schuhhaus Diebach
NUR KLEINE ULRICHSTRASSE 11-12

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweiligen Milimeterzeile zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Freier Sängerchor Halle. Freitag, den 25. Juli abends 8 Uhr, im Vereinslokal Uebungsstunde. Gleichzeitig wollen alle aktiven und passiven Mitglieder bis Freitag abend ihre Kinder, welche am Kinderfest des Vereins am 3. August teilnehmen, sich dort in die aufgelegenen Listen eintragen. Spätere Anmeldungen bleiben unberücksichtigt. Der Vorstand.

SJ. Gruppe Nord. Heute abend im Jugendheim, Gruppenveranstaltung. Musikinstrumente sind mitzubringen.

— Gruppe Süd. Wir treffen uns am Sonnabend 7½ Uhr beim Genossen Lange, Stadtgutweg 1.

Arbeiterwohlfahrt. Sonntag, den 27. Juli 1924, 11 Uhr vormittags, Besichtigung des Emilienheims als Abschluß des Lehrgangs für Säuglingspflege. Die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt sind willkommen. Sauberer, glatter Kleidung (große Schürze) ist Pflicht. Treffpunkt: Ecke Burg- und Gretschenerstraße.

Aus dem Bezirk.

Schkeuditz. Freitag, den 25. Juli, im Bahnhofsfaal: Oeffentliche Versammlung. Redakteur Frengel (Leipzig) spricht über „Dawes-Gutachten. Schutzpolizei".

Gruitz. Sonnabend, den 26. Juli, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Gasthof Ermitz statt. Genosse Kämpf (Merseburg) spricht über das Sachverständigengutachten. Nach der Versammlung Zusammenkunft der Parteimitglieder und Wahl der Ortsvereinsleitung. Ein recht zahlreicher Besuch wird erwartet.

Delitzsch. Sonnabend, den 26. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im „Ring": Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt Pflicht, da sehr wichtige Tagesordnung.

Brachstedt. Am Sonnabend, dem 26. Juli 1924, abends 8 Uhr, findet im Gasthof Koch eine Mitgliederversammlung der SPD. statt. Freunde der Partei, sowie Volksblatt- und Landbotenleser sind freundlichst eingeladen. Ref. Gen. Petersdorff Halle.

Elsterwerda. Sonnabend, den 26. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung der SPD. bei Dietrich. Wichtige Parteiangelegenheiten. Pflicht jedes Genossen ist, zu erscheinen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Jugendgruppe. Wir beteiligen uns am Sonntag, an der Veranstaltung des Sportausschusses. Treffpunkt: Sonntag früh 6 Uhr, an Kaffee Diege. Montag 8 Uhr abends, Uebungsabend in der Brunnenschule. Zuschauer haben keinen Zutritt.

— Gauvorstand und Kreisleitungen. Sonntag den 27. Juli, vorm. 11½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Halle (Saale) 42-44: Konferenz. Tagesordnung, siehe schriftliche Einladung. Vollzähliges Erscheinen erwartet der Gauvorstand.

— Sportausschuß. Sonntag, den 27. Juli 1924, vormittags 6 Uhr, Morgenspaziergang. Treffpunkt: Kaffee Diege. Wichtig! Alles erscheinen. Jugend wie oben.

Ortsgruppe Helbra. Freitag, den 25. Juli, 8 Uhr abends, im Saale des Herrn Thielemann (Kronprinz): Oeffentliche Werbeversammlung. Referent Kreisleiter Studienrat Kameraden Dommel. Die benachbarten Ortsgruppen und Freunde der Republik sind herzlich eingeladen.

Ortsgruppe Großjauna. Sonnabend, den 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Röckel, Kleinjauna, wichtige Mitgliederversammlung. Alle Kameraden müssen unbedingt erscheinen. Der Vorstand.

Ortsgruppe Naumburg. Sonnabend, den 26. Juli, abends 8 Uhr, im Bürgergarten: Oeffentlicher Werbeabend. Musik, Gesang und turnerische Vorführungen. Als Redner: Kam. Kortlein-Merseburg. Die benachbarten Ortsgruppen und alle Freunde der Republik sind herzlich eingeladen. Die Mitglieder, ½8 Uhr, im Lokal, zur Einübung des Bundesliedes. Nächste Mitgl.-Vers. am 2. August.

Ortsgruppe Neumark. Sonntag, den 27. Juli 1924, nachmittags 2 Uhr, in Schumanns Restaurant: Gruppenversammlung. Tagesordnung ist Sommerreise am 3. August 1924.

Koch's „Künstlerspiele" „Bunte Bühne"
Kolossalen Erfolg
erz. d. konkurrenzlose
Juli-Spielplan!
Am Montag, den 4. Aug.
Ehrenabend
für den beliebten Kapellmeister
Alfred Maaß.

Paten-Geschenke
in 8879
Silber 800 gest.
Alpakaversilbert
und
Alpaka poliert zu
2 bis 150 Mk.
in
größter Auswahl
Juwelier Tittel
größt. Spezialhaus
für
Patengeschenke.

Lebensmittel
in besten Qualitäten, reich. Auswahl u. preiswert.
bei 8297
Ed. Sorg
Kolonialwaren
Hermannstraße 7.

Koffer
in allen Größen
sehr gut. Qualität
sehr preiswert bei
Friedrich Pietsch
Sattlermeister
Steinweg 32

Schürzen
Satin und Leinen, weitgeschnitten, beste Stoffe, preiswert.
8788 Harz 5.

Lutleder
Rappa in all. Farben zu haben bei
W. Sobbe
Lederhandlung
Alter Markt 17

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen .·. Ortsgruppe Halle a. S.

Sonnabend, den **26. Juli,** abends 8 Uhr, im „Hofjäger", Lindenstraße:

Großer Commers

zu Ehren der Gautagsdelegieten.

Die Mitglieder, sowie Freunde und Gönner der Ortsgruppe werden hierzu herzlichst eingeladen.

Der Vorsitzende.

Billiger Krawatten-Verkauf!

Regattes moderne Muster
Binder in guten Qualitäten
Strickbinder extra schwer
nur **75** Pfg.
Gute Einsatzhemden 2.75
Schwere Makohemden 3.50
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Treppe. Eingang Sternstr.
8349

Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel!
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR! —

Ein Sonder-Angebot!

Ich bringe in dieser Woche 3 Artikel Damen-Halbschuhe zu besonders niedrigen Preisen:

Breitspangenschuh 7.50
mit Schieberschnalle, halbspitz, schwarz Chromleder, sehr elegant . . . . . .

Schnürschuh 7.50
echt schwarz Boxkalf, kurzspitze Form, halbhoher Absatz . . . . . .

Lackleder 9.50
Schnürschuh, mit und ohne Kappe, ganz Lack, halbhoher Absatz, bes. Gelegenheitskauf

Friedrich Oehlschläger
nur Leipziger Straße 3
8950

8940
CIRCUS SCHUMANN-FELD GEBR. SCHUMANN-FELD MAGDEBURG
Fernruf 9078
Halle (Saale), Roßplatz
Eröffnung:
Juli **29.** Dienstag
Täglich 7¾ Uhr
Der große Erfolg 1924!
Ab Montag Vorverkauf:
Steinbrecher & Jasper, Zigarrenhdlg., Marktplatz. Fernr. 6369
Nie in Halle (Saale) gesehen
2 Riesenelefanten, 6 Edmondos
Rolando der mod. Herkules
Dressuren herrlicher Pferde
6 Cardinale Reitkünste
4 Zamaros, 3 Runkel-Rappe, die Urwüchsigen und
25 weitere Darbietungen

Schrebergarten Süd
Sonntag, den 27. Juli:
Sommerfest
des Vogelschutz- und Kanarienzüchter-Vereins „Kanaria", Halle a. S.
Preisschiessen, Preiskegeln, Kinderbelustigungen und **Verlosungen.** Anfang 3 Uhr nachm.
Es ladet freundlichst ein 8935
Der Vorstand.

„Volksblatt"
Mac Donald
Die auswärtige Politik der englischen Arbeiter-Partei
Pr is 30 Pfg.
Buchhandlung

Seifenhändler
finden die billigste Bezugsquelle in
Kernseifen
Toilettenseifen
Seifenpulver
im Seifen-Engroshaus Baruch & Co.,
Thielenstr. 4, am Bahnhof, Ausg. Thielenstr.
Abgabe nur an Wiederverkäufer.

Kartoffelflocken, Trockenschnitzel
und sonstige Futtermittel
billig bei Gebr. Wege, Schillerstraße 1.

Händler(in)
mit Wandergewerbeschein und gutem Bekanntenkreis auf dem Lande zum Verkauf von Schuhwaren gesucht. Offerten unter V. H. 64 an die Exped. dies. Zeitung.

Trauringe moderne Fassons
kauft man billigst bei
Amand Weiß
7753 Kleinschmieden 6

Mein
Saison-Ausverkauf
bietet bis zum 31. Juli 1924
die günstigste Einkaufsgelegenheit
S. Rosenberg, Hettstedt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407251-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. Juli 1924.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Arbeitsstunden für den Verfassungstag.

Täglich von nachmittags 4 Uhr an finden im „Gewerkschaftshaus", Harz 42/44, Arbeitsstunden für die Verfassungsfeier statt. Alle Kameraden und insbesondere deren Frauen und weibliche Angehörige, die etwas Zeit übrig haben, werden gebeten, möglichst täglich nachmittags oder abends zu erscheinen.

•

Quartierausschuß und alle Kameraden und Frauen, die mithelfen wollen bei der Quartierbeschaffung, erscheinen am Sonnabend, dem 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" zu einer Sitzung.

•

Die Obleute der Festausschüsse werden gebeten, am Sonnabend, dem 26. Juli, abends 7½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus" zu einer kurzen Besprechung zu erscheinen. **Der Gauvorstand.**

Politik in der Eisenbahn.

Wer viel auf der Eisenbahn fährt, wird oft die Beobachtung machen, daß die Reisenden politische Gespräche miteinander führen. Warum sollen sie das auch nicht. Erstens ist es meistens langweilig, eine Fahrt im Eisenbahnwagen durch Gegenden, die keine besonderen Reize aufweisen, und dann kommt so ein Gespräch manchmal ganz von selbst ins politische Fahrwasser. Es ist doch schließlich auch ganz gleich, über was sich die Menschen unterhalten.

So sollte man meinen. Aber doch sind die Menschen nicht frei in ihrem Tun und Lassen. Noch gibt es Behörden, die darüber wachen. Unter den vielen Preisräteln, die in letzter Zeit von geschäftskundigen Leuten den Lesern der Zeitungen und Zeitschriften vorgelegt wurden, vermißt man eins, das die Frage aufwarf: Was ist in Deutschland verboten und was ist erlaubt? Damit hätten die Rätselonkel das beste Geschäft gemacht, denn es wäre bestimmt nicht eine einzige richtige Lösung eingegangen.

Daß es aber verboten sein soll, im Eisenbahnwagen politische Gespräche zu führen, wird uns keiner glauben wollen. Und doch muß es so sein, wenn wir das Vorgehen eines Eisenbahnschaffners nicht als Amtsüberschreitung betrachten dürfen. Fährt da jüngst ein Parteigenosse von Aschersleben nach Halle. Im Kriegsbeschädigtenabteil, das er benutzt, sitzen außer ihm noch mehrere Eisenbahner, die ihren Dienst beendet haben und nach Hause fahren. Bald ist ein Gespräch im Gange, das schließlich etwas lebhaft wird. Dadurch wird der im nebenan befindlichem Dienstabteil sitzende Schaffner aufmerksam, der darauf in das Kriegsbeschädigtenabteil geklettert kommt und mit Amtsmiene verkündet, daß politische Unterhaltungen auf der Eisenbahn verboten seien. Auf die Frage der Berechtigung dieses Verbots beruft sich der Mann auf eine angebliche Verfügung des Reichsverkehrsministers Oeser.

Uns ist von einer solchen Verfügung nichts bekannt. Wenn sie ergangen wäre, würden wir uns natürlich energisch dagegen wenden. Was geht es den Eisenbahnminister an, worüber die Passagiere sich unterhalten! Oder glaubt er, daß er auf Grund der Abbauverordnung auch die Freiheit der Rede im Eisenbahnabteil abbauen darf?

Stahlhelmangst vor dem Reichsbanner.

Am Mittwoch war es. Der Orientexpreß zwischen Hettstedt und Halle hatte Schwittersdorf verlassen, wo ein Arzt und zwei Landwirte, einer mehr hager, einer mehr rundlich, eingestiegen waren. Bald war das Gespräch zwischen ihnen im Gange, und der landwirtschaftliche Anfang fand eine politische Fortsetzung. Man kam auf das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu sprechen und auf das überraschende Anschwellen der Bewegung.

„Ja", sagte der Arzt, „das ist einer epidemischen Krankheit zu vergleichen. Die kommt, dehnt sich aus und verschwindet wieder. Da muß man eben das Ende abwarten." Darauf der Hagere: „Das mag vom Standpunkt des Arztes aus ganz richtig sein, aber wir dürfen das nicht so leicht nehmen. Es gibt doch zu denken, daß im Freistaat Sachsen das Reichsbanner in der kurzen Zeit seines Bestehens dreimal soviel Mitglieder gewonnen hat als alle vaterländischen Verbände zusammen haben. Das ist doch eine sehr ernste Tatsache, und wir werden sehr auf der Hut sein müssen, daß wir nicht überrannt werden. Ich fahre eben wieder zu einer wichtigen Vorstandssitzung vom Stahlhelm; wir kommen jetzt aus den Sitzungen gar nicht mehr heraus."

So ging das Gespräch mit landwirtschaftlichen Einschlägen weiter. Der Zug fuhr in Halle ein. Nochmals wurde die Notwendigkeit anerkannt, das Reichsbanner ernst zu nehmen. Man wollte aussteigen. Da erhob sich der vierte, der im Abteil mit gesessen und der bisher geschwiegen hatte, und sagte: „Da können Sie recht haben, meine Herren." Er war Mitglied des Reichsbanners. Wortlos sahen die drei sich und ihn an. Dann stiegen sie betroffen aus. Eine Einladung zur Vorstandssitzung des Stahlhelms hat der Vertreter des Reichsbanners nicht erhalten.

Der Motorradfahrer als Ruhestörer.

Das Motorrad als Verkehrsmittel hat in letzter Zeit einen ziemlichen großen Eingang gefunden. In Stadt und Land sieht man sie wie flinke Gazellen dahinfliegen. Der armselige Proletarier, der sich ein solches Gefährt nicht leisten kann, sondern sich weiter auf Schusters Rappen fortbewegen muß, kann sich allerdings noch nicht recht mit diesem anspruchsvollen Gesellen befreunden, denn nur allzu viel Nachsicht verlangt dieser von ihm. Ganz besonders hat es ihm aber das Gehatter angetan, mit dem die Motorräder ihre Wanderungen begleiten. Für die Ohren des motorlosen Fußgängers ist das wahrlich keine Musik. Das soll nun anders werden. Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe und der Minister des Innern geben deshalb in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten ein Schreiben des Reichsverkehrsministers weiter, worin sie, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, ersuchen, auf die gewissenhafte Beachtung der für Kraträder gegebenen Vorschriften mit Nachdruck hinzuwirken und gegen Uebertretungen einzuschreiten.

In dem Schreiben des Reichsverkehrsministers wird auf die gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen, wonach die Kraftfahrzeuge so beschaffen sein müssen, daß jede vermeidbare Belästigung von Personen und Gefährdung von Fuhrwerken durch Geräusche usw. ausgeschlossen ist. Die Abführung der Verbrennungsgase bei Explosionsmaschinen hat unter Anwendung ausreichender schalldämpfender Mittel zu geschehen. Der Führer ist insbesondere dazu verpflichtet, Sorge zu tragen, daß eine nach der Beschaffenheit des Kraftfahrzeuges vermeidbare Entwicklung von Geräusch in keinem Falle eintritt; das Oeffnen von Auspuffklappen innerhalb geschlossener Ortsteile ist verboten. Die Reinhaltung der Straßen von den Auspuffgasen der Autos ist zudem eine dringende Notwendigkeit der allgemeinen Volkshygiene. Am Schlusse heißt es, daß die Beseitigung dieser Auswüchse im Interesse der weiteren Entwicklung dieses wichtigen Verkehrszweiges selbst gelegen ist.

Das ist auch unsere Auffassung. Je weniger eine Sache angefeindet wird, desto mehr wird sie sich Eingang verschaffen. Notwendig ist es aber, daß die Menschen aufeinander Rücksicht nehmen.

* **Eine sehr gut besuchte Frauenversammlung** fand am Mittwochabend im „Gewerkschaftshaus" statt. Bezirkssekretär Genosse Drescher sprach zu den Frauen über „Unser Verfassungstag". Sein Bemühen war, die Bedeutung der Republik und ihrer Verfassung den Anwesenden vor Augen zu führen. In leicht verständlicher Weise zerpflückte er das ehemalige preußische Dreiklassenwahlrecht, streifte dabei kurz die Rechtlosigkeit der arbeitenden Klasse, insbesondere die der Frau. Ehemals gab es nur Untertanen im Deutschen Reiche, doch nach der neuen Verfassung sei jeder Mensch zuerst Staatsbürger. Das Mitbestimmungsrecht, ausgeübt durch die Abgabe des Stimmzettels in geheimer Wahl, prägt sich aus in den Worten, welche in der Verfassung niedergelegt sind: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Diese Macht dem Volke zu erhalten sei unsere Aufgabe. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vereinige alle Männer unter seine Fahne, die bereit sind, die Republik und unsere Freiheit zu erhalten. In diesem Ringen dürfen die Frauen nicht abseits stehen. Unsere Aufgabe muß sein, sie zu freien Menschen zu erziehen durch Schulung und Aufklärung. Mit dem Appell, nicht mit dem Kopfe oder den Händen, sondern mit dem Herzen an dem großen Werke mitzuarbeiten für die große heilige Sache schloß der Redner seine Ausführungen, die begeisterten Widerhall fanden. Fast alle Frauen sagten ihre Mithilfe für die nächsten Wochen und Tage für die Vorbereitungen zu unserem Verfassungstage zu. Am Schluß der Versammlung konnten noch einige Aufnahmen für die Partei gemacht sowie einige Frauenweltleserinnen gewonnen werden, so daß dieser Abend als ein voller Erfolg für unsere Bewegung zu buchen ist.

Republikaner!

In allen Orten des Gaues Halle im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold rüsten die Kameraden zum Verfassungstag in Halle. Für die Hallenser gilt es, die auswärtigen Kameraden und Freunde der Republik würdig zu empfangen. Es gibt keinen besseren Empfang, als wenn beim Einzug die

Farben der Republik

grüßen. Es ist deshalb Pflicht aller Mitglieder, sofort Fahnen mit den Farben

Schwarz-Rot-Gold

zu beschaffen. Auch die kleinsten Fahnen erfüllen ihren Zweck; zeigen sie doch den Feinden der Republik, daß es Männer gibt, die bereit sind, die Republik zu schützen.

Fahnenstoffe und Fahnenstangen sind in Halle bei Kameraden preiswert zu kaufen. Kleinste, kleine, mittlere und große Fahnen sind zu haben. Die Bezugsquellen teilt die Geschäftsstelle mit.

Republikaner, Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, helft mit, die auswärtigen Kameraden würdig zu empfangen! Ihr dient damit vor allen Dingen der Republik.

Aus der Wohnung jedes wirklichen Republikaners muß am 10. und 11. August die Fahne mit den Farben Schwarz-Rot-Gold wehen. Deshalb:

Fahnen heraus!

* **Grenzen der Erwerbslosenunterstützung.** Eine Erwerbslosenunterstützung wollte der Minister für Volkswohlfahrt auch dann zubilligen, wenn der Erwerbslose gegen Krankheit bei ausländischen Krankenkassen pflichtversichert war. Der Reichsarbeitsminister will aber dem nicht zustimmen. Wenn die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge nicht ausdrücklich die Pflichtversicherung gegen Krankheit bei einer reichsdeutschen Krankenkasse verlange, so müsse dies doch aus dem Zweck der Verordnung entnommen werden, weil die Beiträge nicht der deutschen Erwerbslosenfürsorge zugute kommen.

* **Zirkus Blumenfeld.** Die Blumenfelds haben ihre hiesige Eröffnungsvorstellung nunmehr auf Dienstag, 29. Juli, festgesetzt. Neben dem bei Blumenfelds bekannt guten Pferdematerial warten die Direktoren diesmal auch mit anderen Tieren auf und haben neben Bären, Stieren und anderen Tieren u. a. die beiden größten Elefanten des Festlandes, von denen der eine mehr als drei Meter Höhe hat. Im Spielplan ist nicht nur, wie stets, für beste Qualität und Abwechselung gesorgt, das Programm ist auch so umfangreich, daß es mit seinen 32 tatsächlichen Programm-Darbietungen auch in diesem Jahre den gewohnten Erfolg erzielen wird.

* **Ein Kind totgefahren.** Donnerstag mittag wurde Ecke Merseburger- und Riedelstraße ein zweijähriges Mädchen von einem Milchwagen überfahren. Das Kind wurde in schwerverletztem Zustande nach der elterlichen Wohnung gebracht, wo es nach einigen Minuten verstarb. Die Schuld trifft nach Zeugenaussagen den Führer des Geschirrs, da er in schnellem Tempo von der Merseburger Straße in die Riedestraße einbog.

* **Das angekündigte Konzert des „Arbeiter-Sängerchors"** am Galgenberg kann heute nicht stattfinden. Es ist von der Polizei verboten worden, angeblich weil die Gartenbauverwaltung nicht damit einverstanden ist.

Film und kleine Bühne.

C.-T., Riebeckplatz. „The Hottentot", das ist der Name jenes Rennpferdes, um das sich in diesem Film eine tolle Geschichte dreht. Hier fließen die Grenzen der Tragikomödie, nach der ernsten wie der heiteren Seite hin, wie nie zusammen. Daß eine Maid und durch sie erregte Eifersucht hier die treibenden Kräfte abgeben, ist mit solcher Komik zur Eindeutlichkeit geführt, daß an nicht wenigen Stellen die mitgerissenen Besucher ihrem bewegten Herzen in Beifallskundgebungen Luft machen. Die stumme Leidens- (nein: Leine-)wand kann nicht danken. — Das verstehen nun wieder Gustav Bertram und Marga Peter ausgezeichnet. Ihr Auftreten fand unter spontanem Beifall statt. Bertram begrüßte sein „liebes Halle" — er weiß warum — und beide zogen dann ihre neuesten Nummern hervor, die die Wirkung auf hallische Gemüter nicht verfehlen können. Verraten sei nur, daß unser „langer Freund" die „Entdeckung Leipzigs" besingt und ein Schlagerpotpourri, in eigenartiger Aufmachung, den Schluß bildet. Wer's sieht und hört, der staunt. K-e.

Saalkreis.

Niemberg. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Am Mittwochabend fand hier eine Werbeversammlung für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold statt. Eine stattliche Anzahl Kameraden hatten sich eingefunden. Kamerad Petersdorff (Halle) sprach über die Bedeutung des Reichsbanners und der Farben Schwarz-Rot-Gold. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Kamerad Wilchet (Niemberg) wurde zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt. In der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung soll alsdann ein ordentlicher Vorstand gewählt werden. Interessant ist es übrigens, daß die hiesigen Stahlhelmer und Werwölfe den beiden Lokalbesitzern angedroht haben, sie zu boykottieren, wenn sie dem Reichsbanner eine gastliche Stätte bieten. Die Herrschaften werden sich gründlich täuschen.

Aus der Provinz.

Schwarzweißroter Terror.

Das Auftreten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat dem anmaßenden Gebahren der völkischen Elemente, das diese eine Zeitlang provokatorisch zur Schau trugen, einen Dämpfer aufgesetzt. Wo aber diese Leute noch unter sich sind oder wenigstens dominieren, fordern sie, daß jeder Mensch sich ihren Anschauungen unterordnet. Auf dem platten Lande ist das zum größten Teil noch der Fall, und so ereignen sich dort solche Zwischenfälle, wie eine an uns gerichtete Zuschrift sie folgendermaßen schildert:

„Am Sonnabend, dem 19. Juli, fand im Gasthofe zu Beuditz Vergnügen der Landwirte von Beuditz und Umgegend statt. Bei dieser Gelegenheit spielte auch die Musik auf Bestellung das „Stahlhelmlied". Die Bauern bezw. deren Söhne sind zum Teil Mitglied der Stahlhelmorganisationen. Das Lied wurde stehend gesungen. Ein Sohn des Landwirtes Leibner gehört dieser Organisation nicht an und stand infolgedessen nicht mit auf. Nach Absingen des Liedes trat der Landwirt Thieme (Beuditz) an den jungen Leibner heran und bezeichnete ihn als „Kommunisten", weil er nicht aufgestanden war!! Leibner verhielt sich ruhig. Da trat sein Vater an Thieme heran mit dem Befragen, was er mit seinem Sohne vorhabe. Inzwischen hatte sich der Vorsitzende des Vereins, Herr Beuschel aus Beuditz, eingefunden. Ein Wort gab das andere und die Landwirte Leibner und Beuschel waren ins Handgemenge geraten. In der Zwischenzeit hatten sich die jugendlichen Stahlhelmmitglieder Schaaf und Lindenhahn aus Rabutz über den jungen Leibner hergemacht, ihm den Sonntagsanzug vom Leibe gerissen und waren im Begriff, Leibner die Treppe hinunterzuwerfen. Die Wirtsleute Stutz wendeten aber das Unglück, welches die beiden Helden hätten schwer büßen müssen, noch ab. Anstatt daß nun der Vorsitzende, Herr Beuschel, versucht hätte, die Ruhe wiederherzustellen, erinnerte er die Stahlhelmmitglieder an ihre Instruktion, welche heißt: **„Angefaßt und durchs Fenster mit den Lumpen!"**

Leibner ist ein junger Mann von 20 Jahren und hat sich bis heute weder um Stahlhelm noch um Kommunismus gekümmert, sondern beschäftigt sich mit seiner Ausbildung.

Nach Meinung des Herrn Beuschel ist also jeder, der nicht nationalistisch ist, ein Lump. Was würde dieser Herr sagen, wenn Andersgesinnte ihn so betteln würden! Die Ueberhebung der Nationalisten kommt aber daher, daß sie bis zum Jahre 1918 sich einbilden durften, tonangebend in Staat und Gesellschaft zu sein. Und heute glauben sie die alten Zeiten wiederkehren zu sehen. Die Republikaner werden ihnen aber einen fetten Strich durch diese Rechnung machen. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist auf der Wacht, und wo noch keine Ortsgruppe besteht, muß eine gegründet werden. Und dann jeder Republikaner hinein! Fest und treu für die Republik zusammengehalten! Dann werden gewisse Kreise merken, daß sie nicht allein auf dem Erdboden wandeln, sondern auch noch Menschen mit anderen Anschauungen, die sie gefälligst zu respektieren haben.

Hochverratsprozeß Baumgärtel.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte gestern gegen den Buchhandlungs-Angestellten und Stadtverordneten Karl Baumgärtel in Delitzsch wegen Aufforderung zur gewaltsamen Aenderung der Verfassung des Deutschen Reichs. Baumgärtel, der im Alter von 25 Jahren steht, war bereits im Januar 1923 vom Staatsgerichtshof wegen öffentlicher schwerer Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte hat in der Delitzscher Stadtverordneten-Sitzung am 29. Januar d. J. bei Begründung einer Eingabe des Erwerbslosenrates auf Schutz gegen faschistischen Ueberfälle am Schlusse der Tagesordnung eine Rede gehalten, in der er zum Zuhörerraum gewendet mit der Aufforderung schloß: „Bewaffnet euch und sorgt dafür, daß die Regierung beseitigt wird!" Der Angeklagte erklärte, das im Hinblick auf die Endziele der Kommunistischen Partei mit der Einschränkung gesagt zu haben: „Wenn ihre Zeit gekommen ist . . ."

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren und 50 Goldmark Geldstrafe. Das Gericht ging darüber hinaus und verurteilte den Angeklagten wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit § 7 Ziffer 4 des Republikschutzgesetzes zu 2½ Jahren Gefängnis und 300 Goldmark Geldstrafe. Zwei Monate der Untersuchungshaft gelten als strafverbüßt. Der Angeklagte nahm das Urteil mit dem Ausspruch entgegen: „Es lebe die Kommunistische Partei! Es lebe die Weltrevolution!" Im Zuhörerraum wurden Kundgebungen laut, so daß der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Riedner, zwei Leute festnehmen ließ, die wegen Ungebühr vor Gericht in eine sofort zu verbüßende Haft von drei Tagen genommen wurden.

Eisenbahnfahrt zur Verfassungsfeier nach Halle.

Für die auswärtigen Kameraden ist zu beachten, daß von folgenden Bahnstationen Sonntagsfahrkarten nach Halle, die schon für Sonnabend Geltung haben, ausgegeben werden:

Bergwitz	Eisenburg	Oberröblingen a. S.
Bitterfeld	Eisleben	Roitzsch bei Halle
Brehna	Gräfenhainichen	Roßlau (Anhalt)
Burgkemnitz	Lauchstädt	Schraplau
Corbetha	Leuna	Torgau
Delitzsch	Merseburg	Wolfen
Dessau (Anhalt)	Landsberg	Zörbig

Diese Sonntagsfahrkarten sind erheblich billiger und gibt es auch für die vierte Klasse.

Extrazüge werden gestellt bei 600 Teilnehmern. Die Fahrt mit Extrazügen kommt ungefähr dem Preise für Sonntagsfahrkarten gleich. Der Preis für einen Extrazug muß vorher entrichtet werden. Es würde sich lohnen, zum Beispiel von folgenden Orten Extrazüge laufen zu lassen: Naumburg, Sangerhausen, Wittenberg und Falkenberg. Alle darüber hinaus oder in der Nähe gelegenen Orte könnten sich den Extrazügen von diesen Orten anschließen.

Wir empfehlen den Kameraden und Freunden unserer Sache, die zur Verfassungsfeier nach Halle kommen wollen, sofort zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und uns umgehend noch besondere Mitteilung zu machen, soweit es bisher noch nicht geschehen ist.

Gauvorstand und Festausschuß für Eisenbahn und Verkehr.

Schupo als Flurhüter.

Der Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband Naumburg empfiehlt seinen Mitgliedern in einem Rundschreiben Schupobeamte als Flurhüter während ihrer Urlaubszeit. Um jeden Zweifel auszuschließen, lassen wir nachstehend den in Frage kommenden Absatz des Rundschreibens folgen:

Nr. 5: Verschiedene Beamte von der Schutzpolizei (Stahlhelmkameraden) haben sich bereit erklärt, während ihrer Ferien die Stelle eines Flurschutzbeamten anzunehmen. Bei Bedarf bitten wir um Nachricht. J. A.: Meyerhoff.

Daß die wirtschaftliche Lage der Schupobeamten nicht die beste ist, davon sind wir überzeugt. Es muß jedoch die Frage gestellt werden: Liegt es im Interesse eines Schupobeamten, in seiner Urlaubszeit den anstrengenden Dienst eines Flurschutzbeamten zu übernehmen? Fast regelmäßig hört man die Beamten klagen über reichlichen und anstrengenden Dienst; darum ist es unverständlich, wenn diese Leute ihren Urlaub zu einer weiteren nervenaufreibenden Tätigkeit benutzen. Wir glauben, es ist auch nur ein kleiner Teil, der sich den Agrariern angeboten hat. Wir sind überzeugt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407251-19/fragment/page=0005

daß die Mehrzahl der republikanischen Staatsbeamten diese Handlungsweise ihrer Kameraden nicht billigen wird.

Wir fragen an, wie sich die vorgesetzte Behörde zu diesen Beamten stellt, die ihren Urlaub benutzen, um andere Personen in ihrem Einkommen zu schädigen. Denn das Heer der Arbeitslosen ist gegenwärtig so groß, daß die Landwirte, wenn sie die Flurschutzbeamten entsprechend ihrer anstrengenden Tätigkeit bezahlen, ausländische Kräfte bekommen würden. Oder steht dieses Rundschreiben in Verbindung mit der gersamten Stahlhelmbewegung, um zu erreichen, daß die Schupobeamten möglichst viel während ihres Urlaubs mit den Fascisten in Berührung kommen, um die bei einzelnen Schupobeamten vorherrschenden monarchistischen Gefühle nicht abstumpfen zu lassen?

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Nachdem die Einrichtung von Ortsvereinsbezirken (Distrikten) nunmehr endgültig durchgeführt ist, finden am **Sonntag, dem 27. Juli, die bereits durch Rundschreiben bekanntgemachten**

Distriktsversammlungen

statt. Die Tagesordnung ist überall die gleiche:

1. Vortrag über das Sachverständigengutachten.
2. Aussprache über sozialdemokratische Gemeindearbeit.
3. Wahlen der Distriktsleitungen.
4. Parteiangelegenheiten.

Alle Parteifunktionäre und Gemeindevertreter sind zu diesen Versammlungen eingeladen. Auch die Gemeindevertreter, welche nicht Mitglieder der SPD. sind, aber auf dem Boden derselben stehen, oder auf Listen der SPD. gewählt wurden, sind willkommen. Die Versammlungen sind wie folgt festgelegt:

Für die Distrikte Rössen, Dürrenberg, Lützen am Sonntag, dem 27. Juli, vormittags 9 Uhr, im Gasthof „Gräbischer" in **Dürrenberg.** Dazu gehören alle Orte der Zweckverbandsgemeinden Leuna und Dürrenberg sowie alle zwischen den Orten Kreypau, Rodden, Ellerbach und Godbula liegenden Gemeinden. Ferner Lützen mit allen zwischen Klein-Corbetha, Delitz a. S., Muschwitz, Jitschen und Döhlen liegenden Gemeinden.

Für die Distrikte Frankleben, Mücheln, Roßbach und Querfurt am Sonntag, dem 27. Juli, vormittags 9 Uhr, im Gasthof „Roter Hirsch" in **Gehlitz.** Dazu gehören alle Orte des Geiseltales von Ayendorf bis Oechlitz einschließlich Groß-Kayna, Eichstädt und Oberwünsch; ferner Roßbach mit seiner Umgebung von Braunsdorf, Eulau bis Bannersroda und Querfurt von Sittichenbach bis Barnstädt und Oberschmon.

Für die Distrikte Lauchа, Nebra, Roßleben am Sonntag, dem 27. Juli, vormittags 9 Uhr, im Gasthof **Paul Müller in Laucha.** Dazu gehören alle übrigen Orte des Querfurter Kreises von Freyburg bis Bottendorf und Schönewerda.

Für den Distrikt Corbetha, Rattmannsdorf, Schkeitau am Sonntag, dem 27. Juli, vormittags 9 Uhr, im **Gasthof der Gemeinde Rattmannsdorf.** Dazu gehören alle Orte von Schkopau bis Passendorf einschließlich Collenbey und Delitz a. B.

Als Referenten sind in Dürrenberg Genosse Landrat Guske (Merseburg), in Mücheln Genosse Reichstagsabgeordneter Richard Krüger (Merseburg), in Laucha Genosse Stadtrat Wensched (Merseburg) und in Rattmannsdorf Genosse Landesoberinspektor Hirschfeld (Merseburg) festgelegt.

Die zur Tagesordnung stehenden Fragen stehen im Vordergrunde der heutigen allgemeinen Verhältnisse und werden in den angesetzten Versammlungen einer gründlichen Untersuchung und Beratung unterzogen. Aufklärung tut not! Wir bitten daher um recht zahlreiche und pünktliche Beteiligung. Die Veranstaltungen sind so eingerichtet, daß bei pünktlichem Anfang gegen 2 Uhr nachmittags Schluß gemacht werden kann.

Der Unterbezirksvorstand. J. A.: Paul Kämpf.

*

Alle Ortsvereine, welche noch nicht abgerechnet haben, werden nochmals dringend ersucht, die Abrechnungen umgehend einzusenden. Auch die zugesandten Mitgliederlisten müssen fertiggestellt und eingesandt werden.

Der Unterbezirksvorstand. J. A.: Paul Kämpf.

Merseburg. Quartiere gesucht. Zu seiner Fahnenweihe am **2. bis 3. August** braucht die Ortsgruppe Merseburg des Reichsbanners **Schwarz-Rot-Gold für auswärtige Gäste Quartiere. Meldungen an Kamerad Tünschel, Kurzestraße 4.**

Merseburg. Der Schwanenbraten. Seit einiger Zeit sind im hiesigen Schwanenhause sieben Schwäne einquartiert, von denen erwartet wurde, daß sie allen Naturfreunden eine Freude sein würden. Es kam leider anders, denn vor einigen Nächten wurde der Versuch gemacht, einem Schwane den Hals umzudrehen. Das mißlang, da die Schwäne sich mit Kreischen, Beißen und Flügelschlagen wehrten. Das blieb nicht verborgen und man legte sich auf die Lauer, um bei einem zu erwartenden zweiten Raubzuge den Dieb zu fassen. Der kam dann auch — mit Knüppel, Sack und Stricken. Er fand jedoch nicht, was er suchte, sondern statt des Schwanes erhielt er von den erregten Wächtern Schläge und ein kaltes Bad.

Schafstädt. Bei der Rettung eines Hundes ertrunken. Am 17. Juli wollte der 14jährige Sohn des Bäckermeisters Florstedt sein Hündchen im „Tonloche" baden. Als das Tier zu versinken drohte, wollte es der Knabe retten, geriet aber dabei in die Tiefe und ertrank.

Keuschberg. Ertrunken ist gestern nachmittag in der Saale der 58jährige Arbeiter Hermann Ernst aus Keuschberg. Ernst ging an der Saale spazieren. Plötzlich bekam er heftige Krampfanfälle und ist dabei in die Saale gefallen. Da sich nur Kinder in der Nähe befanden, so konnte ihm keine Hilfe geleistet werden. Ernst war schon vor längerer Zeit bei einem derartigen Anfall in die Saale gefallen, er konnte aber damals nach rechtzeitig geretet werden. Die Leiche ist inzwischen geborgen.

Sangerhausen. Die völkischen Lustmörder. Die erste Aufregung des aus sadistischen Motiven der völkischen Jünglinge auf der Chaussee nach Gonna versuchten Mordanschlags auf die ahnungslosen Automobilfahrer ist vorüber. In der bürgerlichen Presse beginnt nun ein eigenartiger Vertuschungsfeldzug. Das ist an sich begreiflich, handelt es sich doch um „wackere" Angehörige der „vaterländisch-völkischen" Bewegung. Man bemüht sich deshalb, den völkisch-sadistischen Lustmordversuch in einen durchaus „harmlosen" Dummejungenstreich umzufälschen. Das kann natürlich nicht gelingen, wenn auch den Sangerhäuser Jungdo-Leuten diese Feststellung peinlich ist. Wir stellen also nochmals in Uebereinstimmung mit allen rechtlich denkenden Menschen fest, daß mit aller Energie gegen eine Organisation vorgegangen werden muß, die einen derartigen Mördergeist in ihren Reihen züchtet und unterstützt. Es ist eine alte kriminelle Erfahrung, daß solche Mordtaten wie die hier geschehen, stets eine Reihe ähnlicher zur Folge haben. Der „Jungdeutsche Orden" stellt sich somit erwiesenermaßen den übrigen Mordorganisationen würdig an die Seite. Wir sind neugierig, zu sehen, welche Versuche zur „Ehrenrettung" seiner treuen Bundesmitglieder der „Jungdo" in den nächsten Tagen noch machen wird.

Knappschaftsmitglieder

der Sprengelwahlgruppen 24 und 25, Sprengel Friedländer, Emanuel, Milly, Marie-Anne I und II, Wilhelm, Hanna (Tröbitz, Schilda, Schönborn), Pauline, Bornsdorf, Martha X, am

Sonntag, dem 27. Juli 8986

Knappschaftsältestenwahl

In jedem der vorgenannten Sprengel wird gewählt. Es ist Verhältniswahl. **Auch dort, wo keine Gegenkandidaten aufgestellt sind, muß jeder zur Wahl gehen.**

Wählt nicht die Listen des sozialen Rückschritts, sondern wählt die Liste

„Altverband".

Blankenheim. Schwarz-Rot-Gold. In einer Versammlung der republikanischen Kriegsteilnehmer am Mittwoch, dem 23. Juli, wurde die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbanners vollzogen. Nach einem Vortrag des Kameraden Brüll (Sangerhausen) über Zweck und Ziel der Bewegung erklärten fast alle Anwesenden ihren Beitritt. Es ist ein guter Anfang, mit dem wir zufrieden sein können. Nun ist es Pflicht aller Kameraden, auch weiterhin werbend tätig zu sein. Als Vorsitzender unserer Ortsgruppe fungiert Kamerad Bruno Henze, an den auch alle weiteren Neuanmeldungen zu richten sind.

Görsbach. Schwarz-Rot-Gold. Am Mittwochabend fanden sich Kameraden der Nordhäuser Ortsgruppe des Reichsbanners bei uns ein, und gründeten auch hier den Bund republikanischer Kriegsteilnehmer. Kamerad Gewerbelehrer Giebener (Nordhausen) wies in markigen Worten auf die Gefahr des Bürgerkrieges, entfacht durch die Reaktion von rechts und links hin und stellte uns den Zusammenschluß aller republikanisch denkenden und fühlenden Männer als zwingende Abwehrmaßnahme vor Augen. Darauf erläuterte Kamerad Karl (Nordhausen) die Ziele des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. 32 Kameraden traten sofort bei, und wir hoffen und erwarten mit Bestimmtheit, daß sich recht bald noch eine große Zahl unserer hiesigen Republikaner frei und offen für das Reichsbanner erklären, was jedem guten Deutschen eine selbstverständliche Pflicht sein müßte. Kamerad Amtsvorsteher Chriax übernahm die vorläufige Geschäftsleitung der Ortsgruppe. Von den anwesenden Kameraden der Gegenpartei trat keiner offen hervor, da sie gegen die äußerst sachlichen Gründe der Redner anscheinend gar nichts erwidern konnten.

Bad Bibra. Glück im Unglück. Ein Landwirt, welcher mit Geschirr Weißkalk holen wollte, hatte die Pferde einen Augenblick der Obhut seines 14jährigen Sohnes anvertraut. Die jungen Pferde, durch Fliegenstiche beunruhigt, wurden scheu und gingen durch. Der Sohn wurde von den davonrasenden Tieren eine Strecke mitgeschleift, mußte loslassen und kam unter Pferde und Wagen zu liegen. Man glaubte ihn schon von Pferdetritten zermalmt und von den Wagenrädern überfahren. Der Arzt stellte jedoch außer Quetschungen und Hufschlägen keine schwereren Verletzungen fest. Die Pferde zertrümmerten noch das Motorrad eines hiesigen Ziegeleibesitzers und beschädigten das Personenauto des Werkes. **Laßt die Pferde in den heißen Monaten keinen Augenblick ohne genügende Aufsicht!**

Bitterfeld. Arbeitsmarkt. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hält an. Erhebungen über den Umfang der Kurzarbeit sind noch nicht abgeschlossen. In der chemischen Industrie stellte ein Werk 20 ungelernte Arbeiter ein. Der Bedarf wurde örtlich gedeckt. Verlangt werden noch Bleicher und ein Glasbläser. Ferner stellte ein Werk in der chemischen Industrie in der Berichtswoche 22 ungelernte Arbeiterinnen ein. In der Landwirtschaft fehlt es an tüchtigen Stallknechten und Feldmägden. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeiterinnen ist zur Zeit gedeckt. Nachfrage besteht ferner nach ledigen, jüngeren Knechten und Burschen. Im übrigen unverändert. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist auf 329 mit 411 Unterstützungsberechtigten Angehörigen, gestiegen.

Eilenburg. Stoffdiebstahl. Wir berichteten vor einigen Tagen, daß einige Männer am Bahnhof mit angeblich „gefundenen" Stoffballen erwischt wurden. Inzwischen ist festgestellt, daß in der Nacht vom 18. zum 19. d. M. auf dem Bahnhofe mehrere Waggons erbrochen und aus einem die hier beschlagnahmten Stoffballen geraubt wurden.

Delitzsch. Ein schweres Gewitter suchte Dienstag nachmittag die hiesige Gegend heim. Es zog aus Südwest nach Nordost. Die Fluren von Storkwitz, Rödgen, Schenkenberg, Zaasch und Nitzschka haben durch den niedergehenden Hagelschlag zu 30 bis 100 Prozent in ihren Beständen gelitten. Die Hagelkörner hatten durchweg Taubeneigröße. Die Kartoffel- und Zuckerrübenäcker bieten ein trostloses Bild. Das Kraut ist wie abrasiert. Mannsstarke Bäume wurden geknickt und entwurzelt, so daß auch der Schaden in den Obstgärten die Hoffnungen auf eine reiche Ernte völlig zunichte gemacht hat.

Elsterwerda. KPD. und Völkische Arm in Arm. — Der Gaskrieg. In einer öffentlichen Versammlung sprach hier ein KPD.-Redner über das Sachverständigen-Gutachten, das er in Grund und Boden trampelte. In der schwächlichen Diskussion wurde darüber gezetert, daß — nicht alle deutschen Parteien Arm in Arm zur Ablehnung des Gutachtens zusammengingen. „Ein zuckersüßes Brüderchen, in der Tat!!! — Der Gaskrieg hat jetzt zu einer Einigung geführt. Man wird nicht 8 Kubikmeter, sondern nur vier den Abnehmern als Mindestverbrauch anrechnen. Etwaiger tatsächlicher Mehrverbrauch wird für späteren Mehrverbrauch gutgeschrieben.

Elsterwerda. Bestätigte Stadträte. Endlich sind auch die Magistratsmitglieder der Stadt Elsterwerda, von der Regierung in Merseburg, bestätigt. Die Bestätigung, die sehr lange auf sich warten ließ, haben erhalten neben zwei Mitgliedern der bürgerlichen Parteien auch der Genosse Vogel. Der von der KPD. gewählte Dr. Miethke ist noch nicht bestätigt, weil er z. Zeit im Auslande weilt. An Stelle des Genossen Vogel tritt Genosse R. Wilhelm als Stadtverordneter in das Stadtparlament ein.

Bockwitz. Die Eingemeindungsfrage. Die im Gasthof Waldau anberaumte Aussprache über die Eingemeindung des Gutsbezirks Mückenberg war von fast allen Gutsbezirklern besucht. Man wies auf die Uebelstände hin, die sich für die Anlieger des Gutsbezirks bisher ergaben und stellten fest, daß durch die Einbezirkung in Bockwitz eine Mehrbelastung in steuerlicher Hinsicht für die Beteiligten nicht entsteht. Hervorgehoben wurde in der Aussprache, der gesamten Gutsbezirk auszubesen, so daß hieran auch die Gemeinden Mückenberg und Gunewalde interessiert sind. Die Abstimmung ergab, daß die Versammlung einstimmig für die Auflösung des Gutsbezirks war. Hoffentlich kommt die Angelegenheit endlich in Fluß.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 25. Juli 1924.

* **Die arme Mansfeld.-A.-G.** Gerüchtweise verlautet, daß die Mansfeld-A.-G. beabsichtigt, die Räumlichkeiten der ehemaligen Aktienbrauerei, die schon jetzt zu ihrem Eigentum gehören, zu einem Kasino für untere Beamte, Bergschüler usw. einzurichten. Der Wirt müßte zum 1. September schon räumen; ob er weiter verwendet oder eine weitere Existenzlosigkeit geschaffen wird, steht noch dahin. Dann sollte die Stadt wenigstens darauf dringen, daß der große Schuthausen am Schulplatz, der zum Grundstück gehört, endlich verschwindet; ein neuer Scherbelberg innerhalb der Stadt darf nicht geduldet werden. Verunziert er doch trotz des geschaffenen Ortsstatuts weiterhin das Stadtbild zum Gaudium der auswärtigen Besucher. Man ist überhaupt verwundert, daß die Polizeibehörde diesen Skandal sich von den Mansfeldern gefallen läßt, weiß sie doch bei anderen Bürgern ganz anders mit Strafmandaten usw. vorzugehen. Also Geld scheint trotz der Finanzöde immerhin für gute gehorchende Kinder da zu sein. Na, denn Glück auf!

Wetter-Voraussage.

Sonnabend, den 26. Juli: Teils heiter, teils wolkig, Temperatur wenig verändert, mäßiger Regen.

Sonntag, den 27. Juli: Wolkig, zeitweise Sonnenschein, mittlere Wärme, Regen, strichweise Gewitter.

Montag, den 28. Juli: Veränderliche Bewölkung, mittlere Temperatur, vereinzelte Regenschauer.

Die mißbrauchten Liebesbriefe

4) Erzählung von **Gottfried Keller.**

Auch vor einem Karrengeleise stellte er sich, auf und schrieb: „Motiv für Dorfgeschichte: Wagenkurche halb mit Wasser angefüllt, in welchem kleine Wasserkrebchen schwimmen. Erde feucht, dunkelbraun. Großer Stein im Wege zum Teil mit frischen Beschädigungen, wie von Wagenrädern. Hieran ließe sich Exposition knüpfen von umgeworfenen Wagen, Streit und Gewalttat."

Weiter gehend, **stieß er auf eine arme Landdirne,** hielt sie an, gab ihr einige Münzen und bat sie, fünf Minuten still zu stehen, worauf er, sie vom Kopf bis zu den Füßen beschauend, niederschrieb: „Derbe Gestalt, barfuß, bis über die Knöchel voll Straßenstaub; blaugestreifter Kittel, schwarzes Mieder, Rest von Nationaltracht. Kopf in rotes Tuch gehüllt, weiß gewürfelt —" allein urplötzlich rannte die Dirne davon und warf die Beine auf, als ob ihr der böse Feind im Nacken säße. Viktor, ihr begierig nachsehend, schrieb eifrig: „Köstlich! Dämonisch-populäre Gestalt, elementarisches Wesen." Erst in weiter Entfernung stand sie still und schaute zurück; da sie ihn immer noch schreiben sah, kehrte sie ihm den Rücken zu und klopfte sich mit der flachen Hand mehrere Male hinter die Hüften, worauf sie im Walde verschwand.

So kehrte er heimwärts, beladen wie eine Biene mit seiner Ausbeute. „Nun liebes Müschen!" rief er seine Frau an. „hast du dein Buch gelesen? Mir ist es sehr gut gegangen, ich bringe treffliche Studien mit nach Hause, über deren Benutzung wir heute noch plaudern wollen!" Allein sie wußte abermals nichts zu sagen, weil sie den ganzen Nachmittag im Garten gesessen und mit großer Behaglichkeit grüne Erbsen ausgehülst hatte. Diesmal schüttelte er seinerseits den Kopf und dachte: „Seltsam! Vielleicht ist es besser, gleich mit der Praxis zu beginnen und sich auf weiblichen Scharfsinn zu verlassen." Demgemäß las er ihr beim Nachtessen seine heutigen Notizen vor, entwickelte ein Gespräch über den Nutzen solcher Beobachtungen, und indem er ihr riet, sich ebenfalls dergleichen Wahrnehmungen aufzuzeichnen und ihm das Gesammelte mitzuteilen, forderte er sie auf, ihre Meinung über alles dies zu sagen. „Ich verstehe dies alles nicht!" war ihre ganze Antwort. Sich zur Geduld zwingend, sagte er: „So wollen wir gleich ein Ganzes vornehmen, welches dir vielleicht klarer sein wird, und worin du vielleicht die Verflechtung solcher Teile, so kunstreich sie auch ist, wahrnehmen magst!"

Also nahm er seine neueste Handschrift hervor und begann sie vorzulesen, oft unterbrochen durch die Störungen, welche die allerorts durchstrichene und verbesserte Schreiberei veranlaßte, sowie durch das Hin- Herrücken der Brille, welche ihn blendete. Dennoch gewahrte er erst nach einem halben Stündchen, daß seine Gattin eingeschlummert war.

Da klingelte er mit dem Messer gegen den metallenen Leuchter und sagte, als sich Gritli zusammenraffte, ernst und mißfällig: „Das kann so nicht gehen, liebe Frau! Du siehst, wie ich mir alle Mühe gebe, dich zu mir heranzubilden, und du kommst mir dennoch nicht entgegen! Du weißt, daß ich die dornenvolle Laufbahn eines Dichters betreten habe, daß ich des Verständnisses, der begeisternden Anregung, des liebevollen Mitempfindens eines weiblichen Wesens, einer gleichgestimmten Gattin bedarf, und du schläfst mich im Stich, du schläfst ein!"

„Ei, mein lieber Mann!" erwiderte Frau Gritli, indem sie über diese Reden errötete, „mich dünkt, ein rechter Dichter soll seine Kunst verstehen ohne eine solche Einblaserin!"

„Gut!" rief Biggi, „verhöhne mich nur noch, statt mich zu erheben und aufzurichten! Gut! Ich werde in Gottes Namen meinen Weg allein wandeln!"

Und er legte sich kummervoll schmollend zu Bett und sein Weib legte sich neben ihn in Sorgen, daß es um seinen Verstand übel stehen möchte. Er schmollte nun mehrere Tage und wandelte seinen Weg allein; doch hielt er das nicht aus, sondern beschloß, nunmehr mit männlicher Strenge seinen Willen durchzusetzen und die Gattin zu dem zu zwingen, wofür sie ihm einst danken würde. Er machte schnell einen Erziehungsplan, legte eine Anzahl Bücher zurecht, trat seit vor die Frau hin und wies sie an, unfehlbar zu lesen und zu lernen, was er ihr vorlege. Dadurch geriet sie in eine große Not; sie sah, daß der Friede Gefahr lief, gänzlich gestört zu werden; auch getraute sie sich nirgends Rat zu holen, um ihren Mann nicht zu verraten und dem Spotte der Leute auszusetzen, welchen diese Geschichte ein „gefundenes Fressen" wäre. Sie fügte sich also, obgleich mit zornigem Herzen, und tat, wie er verlangte, indem sie die Bücher in die Hand nahm und so aufmerksam als möglich darin zu lesen suchte; auch hörte sie seinen Reden und Vorträgen fleißig zu, nahm sich vor dem Einschlafen in acht und stellte sich sogar, als ob ihr das Verständnis für manches aufginge, weil sie glaubte, dadurch dem Unglück bälder zu entrinnen. Heimlich aber vergoß sie bittere Tränen; sie schämte sich selber in dieser törichten und schimpflichen Lage und schleuderte die Bücher oft in eine Ecke oder trat sie unter die Füße. Denn der Teufel riet ihren Mann, daß er ihr alles in die Hand gab, was er von langweiliger und herzloser Viererei und Schönturerei nur zusammenschleppen konnte.

Anfänglich war er nicht übel zufrieden mit ihrer Fügsamkeit; als er aber nach einigen Wochen bemerkte, daß sie immer noch keine begeisternde Anregung von sich ausgehen ließ, sagte er eines Morgens: „Das führt uns vorderhand nicht weiter! Darum frisch nun das Leben selbst, die schöne Leidenschaft zu Hilfe gerufen! Eine längere Reise werde ich heute antreten, da ich das Herbstgeschäft einleiten muß. Bohlan, wir werden einen Briefwechsel führen, der sich einst darf sehen lassen! Nun gilt es, mein liebes Weibchen, deine Empfindungen und Gedanken in Fluß zu bringen! Ich werde dir gleich von der nächsten Stadt aus den ersten Brief schreiben; diesen beantwortest du im gleichen Sinne. Daß du mir ja nicht schreibst, das Sauerkraut sei bereits geschnitten, und du habest mir neue Nachthemden bestellt, und du wollest mich am Ohrläppchen zupfen, wenn ich nach Hause komme, und du habest neulich in meiner Nachtmütze geschlafen und es am Morgen nicht mehr gewußt, sondern darin gefrühstückt, und was dergleichen Trivialitäten mehr sind, die du sonst zu schreiben pflegst! Nein doch! Ermanne dich, oder vielmehr erweibe dich einmal! möchte ich beinahe sagen, d. h. kehre deine höhere Weiblichkeit hervor, lasse voll und rein die Harmonien ertönen, die in dir schlafen müssen, so gewiß als in einem schönen Leibe eine schöne Seele wohnt! Kurz, merke auf den Ton und Hauch in meinen Briefen und richte dich danach, mehr sag' ich nicht!"

Als er wirklich reisefertig in der Stube stand, überraschte ihn Gritli mit einem allerlichten Handkörbchen aus buntem Korbgeflecht, in welchem ein gebratenes Huhn, einige Brötchen, zwei Kristallfläschchen mit altem Wein und Likör, ein silbernes Bächerchen, ein Besteck und zwei kleine Servietten auf das bequemste und appetitlichste zusammengepackt waren. Das hatte sie alles nach ihrer Angabe herrichten lassen, weil er sich schon oft über den Hunger und Durst beklagt, welchen man auf den endlosen Eisenbahnfahrten erleiden müsse. Er nahm es, von seinen Ideen eingenommen, zerstreut entgegen, sagte aber beim Abschied noch kalt und streng: „Wende deine Gedanken nun von dergleichen materiellen Dingen ab und sinne an das, was ich dir gesagt! Bedenke, daß von dieser letzten Probe der Frieden und das Glück unserer Zukunft abhängen!" (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407251-19/fragment/page=0006

Souvarines Ende.

Unter der Guillotine der Moskauer Exekutive.

Der 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau hat eine furchtbare Abrechnung mit all denen vorgenommen, die sich „rechte Abweichungen" zuschulden haben kommen lassen. Am heitersten wirkt der über den bisherigen tyrannischen Führer der französischen Kommunistischen Partei, Boris Souvarine, verhängte Ausschluß. Souvarine, der zu den eigentlichen Gründern der Kommunistischen Partei Frankreichs gehörte, hatte sich allmählich zu einem kleinen, aber um so größenwahnsinnigeren Despoten entwickelt, der nacheinander eine ganze Reihe von führenden französischen Kommunisten abgehalftert, hinausgeekelt oder mit Billigung der Moskauer Exekutive ausgeschlossen hatte, darunter die ganze Frossard-Gruppe, sowie später mehrere Redaktionsgarnituren der „Humanité". Nur mit knapper Not war sogar Cachin im vergangenen Herbst der von Souvarine rastlos gehandhabten Guillotine entronnen. Auf diese Art hatte sich Souvarine, dessen Wesen an und für sich unausstehlich ist, auch bei den übrigen, bisher verschonten Kommunisten tief verhaßt gemacht, die jeden Tag damit rechnen mußten, daß auch sie an die Reihe kommen würden. Deshalb wurde ein kleines Komplott unter seinen engsten „Freunden" geschmiedet, um ihn los zu werden. Das war allerdings nicht leicht, denn er genoß bisher das uneingeschränkte Vertrauen von Sinowjew.

Endlich fand man die Gelegenheit, ihn bei der Kommunistischen Internationale zu denunzieren. Das geschah im vergangenen Winter, als die russische Kommunistische Partei jene Krise durchmachte, die durch die „demokratische" Opposition der Trotzki-Gruppe hervorgerufen war. Souvarine ergriff damals in der von ihm redigierten offiziellen Zeitschrift der KPF., „Bulletin communiste", Partei für Trotzki, vermutlich nicht aus Ueberzeugung, sondern weil er, falsch unterrichtet, dessen Endsieg innerhalb der russischen Partei voraussah. Er hatte jedoch auf das falsche Pferd gesetzt. Und nun wurde er vor das Forum des Kommunistischen Weltkongresses zitiert, angeklagt und ausgeschlossen. Der „Parteibefehl", mit dem die Leitung der KPF. bzw. die Moskauer Exekutive dieses Urteil in der „Humanité" vom 19. Juli „mitteilt, ist ein geradezu klassisches Dokument sowjetistischer Ueberheblichkeit und Rücksichtslosigkeit. Es heißt darin:

„Ein glänzender Journalist und ein geschickter Polemiker, widmete Boris Souvarine viele Jahre hindurch sein ganzes Talent der Verteidigung der Kommunistischen Internationale und der Verbreitung ihrer Parolen. Im Kampfe gegen Frossard zeichnete er sich durch die Klarheit und durch die Wucht seiner Angriffe aus. Gestützt auf eine große Partei und auf das größte politische Blatt Frankreichs, mühelos auf verantwortungsvollen Posten gelangt, glaubte Souvarine eine persönliche Kraft zu sein. Der Hochmut berauschte ihn und wurde ihm zum Verhängnis. Als Verteidiger einer Klasse, aus der er selbst nicht stammte (wieviel kommunistische Führer in Rußland und Frankreich stammen denn überhaupt aus der Arbeiterklasse? D. Red.), begriff er nur unvollständig deren Bedürfnisse. Er vergaß die Lehren von Lenin, indem er sich nicht den breiten Massen der Arbeiter und Bauern näherte, um sie besser kennenzulernen, um sie besser zu lieben. Durch die geistige Verkrüppelung seines Berufs veranlaßt, verlor er den Kontakt mit dem Proletariat, hielt er sich an das Buch und vergaß das Leben! Und bald, anstatt des Führers, der er zu sein schien, wurde er zu einem befehlsflüsternden Autokraten, der von sich selbst eingenommen war und je nach seinen Launen die Gesetze der Partei zu zerschlagen versuchte."

Sodann werden die konkreten Anklagen gegen Souvarine, die zu seinem Ausschluß führten, nämlich sein Feldzug für Trotzki, des näheren ausgeführt. Hier heißt es u. a. bezüglich der Krise, die nach den Herbstniederlagen des vorigen Jahres die gesamte Kommunistische Internationale durchmachte:

„Einige Führer errichteten von den Höhen ihres buchmäßigen Wissens herab eine Theorie, deren Grundlinie, wäre sie anerkannt worden, den Bruch mit der glorreichen leninistischen Tradition, deren Richtigkeit durch das Leben erwiesen worden ist, bedeutet hätte. Souvarine begab sich mutwillig auf die revisionistische Galeere. Unter dem Vorwand, daß alle Mittel zulässig seien, wenn sie zum Erfolg führen, belog er seine Partei und versuchte er, sich ihrer zu bedienen, um den Gang der Schlacht zu beeinflussen, deren Einsatz der Leninismus war."

Sodann folgt das Urteil selbst:

„Die Exekutive hat ihr Urteil in voller Kenntnis der Angelegenheit gefällt: Souvarine wird aus der französischen Partei und aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen. Allerdings wird unserem früheren Genossen eine Möglichkeit gewährt, seine Sünden wieder vergessen zu lassen:

Die französische Partei wird seine Wiederaufnahme in die Internationale auf dem 6. Kongreß beantragen können, wenn Souvarine bis dahin eine loyale Haltung einnimmt.

Eine ähnliche Maßnahme war seinerzeit gegenüber Paul Levi (KPD.) getroffen worden. Dieser zeigte sich jedoch dessen wenig würdig: er schloß sich der 2. Internationale Noskes, Scheidemanns, Vanderveldes, Blums, Longuets und anderer an. Möge Souvarine über dieses Beispiel nachdenken und seine Stelle wieder im proletarischen Kampfe einnehmen."

Des weiteren führt das Urteil in seiner Begründung an, daß es in der Kommunistischen Partei nicht zweierlei Maß für die „Kleinen" und für die „Großen" geben könne. Unter dem Vorwand der „Freundschaft" dürfe man nicht die Fehler der einzelnen decken:

„Der „Wert", das „Talent", das „Wissen" dieses oder jenen vermag nicht eine Lockerung der Kontrolle zu rechtfertigen, der alle Kommunisten unterworfen sind.

In dem Maße, wo alle kleinbürgerlichen Ueberbleibsel des Ich überwunden werden, wird sich die namenlose eiserne Kohorte des französischen Bolschewismus bilden."

Ob sich Souvarine diesem Ukas fügen wird oder nicht, wird die Zukunft lehren. In der französischen Partei wird ihm niemand eine Träne nachweinen, im Gegenteil ein jeder hoffen, daß er den Weg Frossards und der anderen von ihm gestoßenen „kleinbürgerlichen Revisionisten" geht. Aber die sozialistischen Genossen werden sich erst recht für einen solchen widerwärtigen Rekruten bedanken.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Bedeutung der Knappschaftsältestenwahlen.

Am kommenden Sonntag finden die Knappschaftsältestenwahlen statt für die Sprengelwahlgruppen Nr. 24 und 25 in den Sprengeln Emanuel, Friedländer, Marianne I und II, Milly, Hansa (Schönhorn, Trödritz, Schilda), Pauline, Wilhelm, Bornsdorf, Martha, sämtlich im Bereich der Brandenburger Knappschaft liegend. Auf die Bedeutung dieser Wahlen wollen wir heute noch einmal hinweisen.

Die jetzt bevorstehenden Knappschaftsältestenwahlen sind insofern von besonderer Bedeutung, als sie die Urwahlen sein werden, aus denen hernach die Organe zu den Bezirksknappschaften und der Reichsknappschaft hervorgehen. Das Reichsknappschaftsgesetz gibt nur die Grundlage ab, auf der die Reform des Knappschaftswesens durchzuführen ist. Die Einzelheiten zu regeln blieb der Selbstverwaltung der Beteiligten überlassen. Wenn bei den jetzigen Aeltestenwahlen eine Richtung entscheidenden Einfluß gewinnt, wird sie auch imstande sein, bei der endgültigen Bildung der Reichsknappschaft entscheidend mitbestimmen zu können.

Sobald die Knappschaftsältestenwahlen getätigt sein werden, müssen die Wahlen der Vertreter zu den Bezirksversammlungen stattfinden. Wahlberechtigt sind nur die Knappschaftsältesten selbst. Die Vertreter in den Bezirksversammlungen werden dann den Vorstand des Bezirksknappschaftsvereins zu wählen haben sowie Vertreter in die Hauptversammlung der Reichsknappschaft. Die Arbeitervorstandsmitglieder in den Vorständen der Bezirksknappschaften haben auch das Recht, die Beisitzer zu den Knappschaftsoberversicherungsämtern zu wählen. Der Hauptversammlung, die nach den getätigten Wahlen in der Bezirksknappschaft und den Bezirksversammlungen stattfinden muß, bleibt dann die Aufgabe, den endgültigen Vorstand der Reichsknappschaft zu wählen und die endgültige Satzung zu erlassen.

Im Gegensatz zu früher, wo die Knappschaftsältesten sowie sämtliche Vertreter zu den Organen der Knappschaft nach einfacher Mehrheitswahl gewählt wurden, erfolgt die jetzige Wahl nach dem Verhältniswahlsystem. Zu diesem Zwecke sind die einzelnen Knappschaftsältestensprengel zu Sprengelwahlgruppen zusammengelegt. Da der Aelteste auch der Vertrauensmann der Knappschaftsmitglieder sein soll und in dem Sprengel wohnen muß, bestimmt das RKG., daß derjenige Aeltester werden kann, der mindestens 20 Prozent der Stimmen im Sprengel erhalten hat. Die Verteilung der Sprengel auf die einzelnen Wahllisten ist besonders schwierig und läßt sich ohne Anführung von ausführlich gemachten Beispielen nicht ohne weiteres begreiflich machen.

Die konsequente Durchführung der Verhältniswahl hat insofern ihren Nachteil, weil in den Organen der Knappschaft die Arbeitervertreter ja nur die Hälfte des Mitbestimmungsrechtes haben und in den Vorständen bei einzelnen Fragen nur nach der einfachen Stimmenmehrheit entschieden wird. Gelingt es einer Richtung, auch nur einen einzigen Vertreter in den Bezirksvorstand oder in den Reichsknappschaftsvorstand hineinzubekommen, so ist sie imstande, alle übrigen Arbeitervertreter auszuschalten, wenn sie mit den Werksvertretern geht, da schon eine einzige Stimme den Werksvertretern die Mehrheit bilden helfen kann. **Wollen die Bergarbeiter verhindern, daß zweifelhafte Kandidaten in den Organen der Knappschaft eine zweifelhafte Rolle spielen, so müssen sie darauf sehen, daß kein einziger zweifelhafter Kandidat gewählt wird.**

Die Aeltesten des Bergarbeiter-Verbandes haben gezeigt, daß sie Disziplin zu halten wohl imstande sind. Es hat sich bisher keiner gefunden, der gegen seine übrigen Kollegen mit den Werksvertretern stimmte. **Pflicht der Knappschaftsmitglieder ist deshalb, am 27. Juli nur den Kandidaten des Bergarbeiter-Verbandes ihre Stimme zu geben. Da es bei der Verhältniswahl auf jede Stimme ankommt, müssen auch in den Sprengeln, in denen keine Gegenkandidaten aufgestellt sind, alle Wähler zur Wahl herangeholt werden. Die Stimmzettel des Bergarbeiter-Verbandes sind im Bereiche der „Brandenburger Knappschaft" mit dem Kennwort „Altverband" zu bezeichnen.**

Geht zur Wahl und erfüllt Eure Pflicht, indem Ihr die Liste „Altverband" wählt.

Der Bauarbeiterstreik beendet.

Am 14. Juli war vom Schlichtungsausschuß in Halle ein Schiedsspruch gefällt, der in der Spitze 66 Pf. vorsah, der aber von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. Die Arbeitnehmervertreter beantragten beim Landesschlichter die Verbindlichkeitserklärung, die aber in der dazu in Magdeburg angesetzten Einigungsverhandlung am Mittwoch von dem stellvertretenden Schlichter Regierungsrat Hirschberg abgelehnt wurde. Es kam dann nachstehende Einigung zustande:

Die Parteien einigen sich dahin:

1. Auf sämtliche Ansprüche aus dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 14. Juli wird seitens aller Parteien verzichtet.
2. Die Parteien sind damit einverstanden, daß eine vertraglich vereinbarte Schlichtungsstelle, die aus je drei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besteht, welche die Parteien entsenden, unter dem Vorsitz eines Unparteiischen, über dessen Person die Parteien sich geeinigt haben, nochmals verhandelt und einen Schiedsspruch fällt über alle diejenigen Streitpunkte (Lohnklasseneinteilung, Ortslohn), die bereits dem Schlichtungsausschuß Halle am 14. Juli zur Entscheidung vorgelegen haben."

Mit diesem Ergebnis befassten sich die streikenden Bauarbeiter in einer Versammlung am Donnerstag und kamen zu der Ueberzeugung, daß ein weiteres Verharren im Streik nach sechs Wochen Dauer einem Selbstmord gleichzugachten sei. Durch Abstimmung wurde der Streik für beendet erklärt. Ob auf Grund der in Aussicht stehenden weiteren Verhandlung noch etwas für die Bauarbeiter herausspringt, läßt sich noch nicht übersehen. Wir werden auf den mit jähar Ausdauer geführten Kampf noch einmal zurückkommen.

Wo die gewerkschaftliche Organisation fehlt.

Ein Gebilde, das wohl in Deutschland einzig dastehen dürfte, ist der Arbeitgeberverband der Metallindustrie für Artern und Umgegend, dem insgesamt vier Firmen angeschlossen sind. Seit Jahren ängstlich bemüht, sich den größeren Tarifgebieten Halle oder Thüringen nicht anzuschließen, um den dort höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen aus dem Wege zu gehen, wurden den Betriebsvertretungen die gesetzlichen Befugnisse immer mehr beschnitten. Diesen Herrschaften ging der „Umsturz" nach ihrem Sinne nicht schnell genug. Endlich, nach Aufhebung der Demobilmachungsverordnung und Einführung der Arbeitszeitverordnung im vorigen Jahr glaubten sie ihre Zeit gekommen. Rücksichtslos wurden die Betriebe geschlossen, um der weiteren „Substanzzehrung" entgegenzutreten, in Wirklichkeit aber, um nach der Wiedereröffnung der Tarifkommission zu erklären, daß Tarifverhandlungen zukünftig zwecklos seien, da nur ein Lohn gezahlt werden könne, der für die Mitglieder dieses sogenannten Arbeitgeberverbandes tragbar sei. Dies war in Artern möglich, wo der größte Teil der Arbeiter die gewerkschaftliche Organisation für etwas Nebensächliches hielt. Trotz Lohnerhöhungen in allen Tarifgebieten Deutschlands merkten weder die Artener Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer etwas davon.

Von den in Deutschland vorhandenen 40 landwirtschaftlichen Maschinenfabriken zahlten die drei in Artern befindlichen für ihre bestbezahlten Arbeiter durchschnittlich 9 Pf. weniger pro Stunde Lohn. Wenn nun trotz dieses mageren Ergebnisses für die Arbeiter diesen immer wieder erklärt wurde, daß die Werke nicht rentabel seien und dies nur möglich sei, wenn noch billiger gearbeitet würde, dann scheint es sich zu bewahrheiten, daß die der technischen Leitung nachgesagte Unfähigkeit vielleicht nicht unbegründet und seitens des Aufsichtsrates einmal eingehend untersucht werden müßte. Jedoch hat der Versuch eines Hinweises darauf dem Betriebsratsmitglied Müller schon vor einem Jahr seine Arbeitsstelle gekostet. Bei einem Vergleichsziehen zwischen den Löhnen der übrigen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken Deutschlands und denen oben besagter Werke ist nur die eine Schlußfolgerung möglich, daß die technische Rückständigkeit die Rentabilität nur auf Kosten niedriger Löhne zuläßt. Wenn nun vor einigen Wochen von zwei hiesigen Werken die Belegschaften von 365 auf 55 Mann reduziert wurden (wegen angeblicher Kreditnot), so hat dies auch einen Haken, der tiefer sitzt und im folgenden dargelegt werden soll.

Die Firma G. Rudolph A.-G., Allstedt, der vierte und Restteil des Miniatur-Arbeitgeberverbandes von Artern und Umgegend, mußte durch das geschlossene Vorgehen seiner organisierten Belegschaft den Thüringer Tarif anerkennen. Da die hierauf in einer Zusammenkunft besagten Arbeitgeberverbandes an dem Vertreter Rudolph vorgenommene „Kopfstäuche" den nun von letzterer einmal angenommenen Tarifvertrag nicht beseitigte und die Gefahr bestand, daß die Herren in Artern den Tarif — der 10 Pf. Stundenlohn mehr und Urlaub vorsah — ebenfalls schlucken mußten, „bestrafte" man kurzerhand fast die gesamte Belegschaft, in der Gewißheit, die drohende Gefahr einer Lohnerhöhung und Urlaubsentschädigung beseitigt zu haben — wegen Kreditmangel. Ein feines Geschäft! So eine Kreditnot ist doch was wert. Durch diese war es auch möglich, die gesetzlichen Vorschriften in bezug auf Betriebseinschränkung und Stillegung zu umgehen und ein leichtes, sie später nach vollendeten Tatsachen sanktioniert zu erhalten. Jedoch ein weiterer Vorgang gibt zu Bedenken Anlaß und ist wert, von den Betriebsräten beteiligter Werke scharf in Augenschein genommen zu werden, nämlich der, daß sich jetzt eine Fusion zwischen der Kyffhäuserhütte A.-G., Artern, und der Firma B. Rudolph A.-G., Allstedt, anzubahnen scheint. Der Besitzer der Mehrheit der Aktien erstgenannter Gesellschaft scheint jetzt auch Mehrheitsbesitzer der Aktien der Firma B. Rudolph zu sein. Anders läßt sich folgender Vorgang nicht erklären, indem Herr Gerasch, Direktor der Kyffhäuserhütte A.-G., Artern, dem Direktor der Firma Rudolph, in den Nacken gesetzt worden ist. Kurz, Herr Gerasch ist jetzt Diktator der Allstedter Metallwerke und erklärt durch selbstherrlichen Aushang jeden Arbeiter für entlassen, der den von der Firma Rudolph eingangs geschilderten Tarifvertrag in bezug auf Ferien für sich in Anspruch nimmt. Jedoch Herr Gerasch wird erlesen, daß er es in Allstedt mit einer im Gegensatz zu Artern geschlossen organisierten Arbeiterschaft zu tun hat und seine Diktaturgelüste wahrscheinlich einen argen Dämpfer erhalten werden.

Kollegen von Allstedt! Steht fest zur Organisation! Geht keine Sonderverträge mit der Firma ein, dann wird sich zeigen, ob das herrische Auftreten eines Gerasch euch euren tariflich zustehenden Urlaub rauben kann. Aber vor allen Dingen müssen die Kollegen von Artern den Weg zur Organisation wieder finden, wenn verhindert werden soll, daß es so wie bisher weitergeht. Nur eine starke, in sich geschlossene Organisation, wird euch Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen schaffen, wie sie sein müssen und verhindern, daß ihr weiter ein Spielball kapitalistischer Treibereien seid.

Innere Festigung im Deutschen Verkehrsbund.

Der Deutsche Verkehrsbund, Verwaltung Halle und Umgegend, hielt am Dienstag seine Quartalsversammlung ab. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ging hervor, daß eine gewisse Stabilität in bezug auf die innere Festigkeit der Mitglieder eingetreten ist. Ueber 100 Neuaufnahmen wurden im 2. Quartal erzielt. Auch die Beitragsleistung hat sich erfreulicherweise gebessert. Ueber die stattgefundenen Lohnbewegungen und deren Austrag vor den Schlichtungsstellen konnte leider kein zufriedenstellender Bericht gegeben werden, denn nur in wenigen Gruppen gelang es, im 2. Quartal kleine Lohnverbesserungen durchzuführen. In der größten Gruppe, die des Handels- und Transportgewerbes, stellte sich der Arbeitgeberverband dauernd auf einen ablehnenden Standpunkt und lehnte sogar den Spruch des Schlichtungsausschusses, welcher nur eine fünfprozentige Lohnerhöhung vorsah, kurzerhand ab. In dieser Sache ist nunmehr der Schlichter zur Verbindlichkeitserklärung des Spruches angerufen worden.

Um den Arbeitgebern mit mehr Machtmitteln entgegentreten zu können als bisher, ist es notwendig, daß erneut eine weitere Stärkung durch Heranholung aller abseitsstehenden Berufsangehörigen herbeigeführt wird. In einer angenommenen Entschließung versprachen die anwesenden Mitglieder alles aufzubieten, um erneut wieder den letzten Kollegen und die letzte Kollegin heranzuholen.

Die Junilöhne der Gemeindearbeiter.

Bereits im Mai stellte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden den Antrag auf Erhöhung der Mai-Löhne mit Wirkung ab 1. Juni 1924. In den im Juni stattgefundenen Verhandlungen war kein Resultat zu erzielen. Das Bezirkseinigungsamt fällte dann einen einstimmigen Schiedsspruch, der eine Erhöhung von 2 Pfennig in allen Klassen vorsah. Vom Arbeitgeber wurde Einspruch erhoben und als Berufungsinstanz der Zentralausschuß für kommunale Arbeitertarifsachen angerufen. Dort wurden dann die Juni-Löhne wie folgt festgesetzt:

	Männer					Frauen			
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
Grundlohn . .	51	43	40	38	36	34	29	26	25
Haushaltsgeld	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Kindergeld . .	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Gesamtlohn .	57	49	46	44	42	40	35	32	31

Auch diese Löhne lehnte der Arbeitgeber ab. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beantragte nun beim Schlichter die Verbindlichkeit dieses Schiedsspruchs, die denn nun auch nach fast achtwöchigen Verhandlungen erfolgte.

Die obigen Löhne sind demgemäß von allen mitteldeutschen Kommunen an die organisierten Arbeitnehmer zu zahlen. Wo dieses nicht geschieht, ist das sofort der Organisation (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Harz 42/44) zu melden, damit die Löhne eingeklagt werden können.

Schiedsspruch für die Arbeitnehmer der Landwirtschaftlichen Institute der Universität Halle.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind mit Wirkung ab 1. Juni 1924 neue Löhne für die Arbeitnehmer der Universitätsinstitute gefordert worden. Da der Arbeitgeberverband wie auch das Universitätskuratorium trotz der Erhöhungen der Beamtengehälter und der Staatsarbeiterlöhne keine Lohnzulage bewilligten, wurde der tariflich Schlichtungsausschuß angerufen, der dann auch die bestehenden Löhne um 3 Pfennig pro Arbeitsstunde erhöhte. Die neuen Löhne würden demgemäß wie folgt aussehen:

	I	II	III	IV (Jugendl.)
Grundlohn . .	39	31	27	19
Haushaltsgeld	4	4	4	4
Gesamtlohn . .	43	35	31	23 Pf.

Trotz dieser minimalen Erhöhung, die weit hinter dem allgemeinen Lohnniveau der halischen Arbeitnehmer, insbesondere hinter dem der Staatsarbeiter zurückbleibt, sind diese Löhne von dem Universitätskuratorium abgelehnt worden. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat nun den amtlichen Schlichter in Magdeburg angerufen, um diesen Schiedsspruch für verbindlich erklären zu lassen.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Der Reichsbeirat für körperliche Erziehung.

Nach fast einjähriger durch die Inflation verursachte Pause hat der Beirat jetzt wieder getagt und einige sehr wichtige Beschlüsse gefaßt. So wurde einstimmig ein Entwurf für ein Spielplatznotgesetz angenommen, der hoffentlich bald von der Regierung zur Grundlage einer gesetzlichen Lösung der für viele Gemeinden sehr brennenden Spielplatzfrage genommen wird. Das Reich gewährt im ganzen für die Förderung der Leibesübungen 150 000 Goldmark. Davon gehen 50 000 Mk. an beide Richtungen der Sportverbände, 25 000 Mk. sind für die Förderung des Jugendherbergswesens bestimmt. 30 000 Mk. für Lehrinstitute und der Rest für kleinere Aufgaben. Einstimmig wurde ein Antrag auf Verdoppelung der Summe angenommen, doch kann sich dieser nur an den Reichstag richten. Den beiden Abgeordneten Schreck (Soz.) und Hofmann-Kaiserslautern (Zentrum), die dem Reichsbeirat angehören, wurde dringend ans Herz gelegt, sich für den Antrag im Reichstag zu verwenden.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: J. V. A. Wielepp; für Provinzielles: A. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407251-19/fragment/page=0007

Größte Auswahl, billigste Preise!
Bettfedern, fertige Betten, Inletts, Steppdecken, Reformbetten.
Zahlungserleichterung
Bruno Paris, 8721
jetzt Brüderstr. 3, 1 Minute v. Markt

50
8939
möbl. Zimmer
mit und ohne Kochgelegenheit für die Künstlerschar des Circus Gebr. Blumenfeld gesucht.
Offerten erbeten Gasthof „Grüner Hof", Gr. Steinstraße 50.

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren.

Damen- und Herren-Garderobe gegen bequeme Teilzahlung.
Hermann Liebau
Halle a. d. S. Merseburger Str. 22.
8941

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!

Inserate haben im **Volksblatt** stets Erfolg!

Darum inserieren!

Wir kauften auf einer

Zwangsversteigerung

gewaltige Warenposten und bringen dieselben zu fabelhaft billigen Preisen zum Verkauf.

Damenwäsche			Herrenwäsche		
Ein Posten **Untertaillen**	mit Stickereigarnierung Stück	78 ₰	Ein Posten **Einsatzhemden**	zum Aufsuchen Stück	2 25
Ein Posten **Damenhemden**	mit Hohlsaum, Stickereigarnierung . . . Stück	1 65	Ein Posten **Normalhemden**	wollgemusterte Qualität Stück	2 45
Ein Posten **Stickerei-unterröcke**	m. breit. Stickereigarnierung Stück	2 45	Ein Posten **Normalhosen**	wollgemusterte Qualität Stück	2 25
Ein Posten **Frauenhemden**	prima Qualität, Passenform . . . . . Stück	3 45	Ein Posten **Männerbarchenthemden**	gute Verarbtg. Stück	2 65
Ein Posten **Prinzeßröcke**	mit schöner Stickereigarnierung . . . . . Stück	3 95	Ein Posten **Herrentaghemden**	weiß, gute Qualität Stück	2 95

Unsere Spezialität: **Fertige Bettwäsche in weiß, gestickt, glatt, Kattun u. Züchen** zu staunend billigen Preisen.

Mengen-Abgabe vorbehalten! **Wäsche- und Wollwaren-Lager:** Beachten Sie unsere Auslagen

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 25 ∴ Bitterfeld, Burgstraße 5

Nähmaschin. auf Wunsch 5161 Teilzahlung **Karl Möller,** Schmeerstr. 1.

Herren- und Damen-Garderobe Manufakturwaren Kleiderstoffe Wäsche usw. 8944
gegen bequeme **Teilzahlung**
Carl Rasemann
Alte Promenade 35 an der Hauptpost.

Bock- u. Delikateßwürste
frisch und in Dosen
Heinrich Müller
Leipziger Straße 54, Eingang obere Marthastraße
Fernsprecher 3133 7811
Für Wiederverkäuf. billigste Bezugsquelle

Herren- und Damen-
Fahrräder
Grösste Auswahl!
Schläuche, prima 1,25
Gebirgsreifen . . . . von 3,50 an
Ketten von 1,50 an Pedale . . . 2,80
Freiläufe, komplette Hinterräder
Ersatzteile. Reparatur-Werkstätte.
Fahrradhaus Gr. Klausstraße 7

Kramers Konzerthaus
Die urfidelen Unikums.
Verkehrslokal Schwarz-Rot-Gold

Zuckerpreis 8938
ab Donnerstag, den 24. Juli
1 Pfd. gem. Melis 38 Pfg.
Vereinigte Nahrungsmittel-Handler.

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Volksblatt-
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher
Buchhandlung

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der **Hallisch. Arbeiter**

Kein Laden! Kein Laden!
Nußbreite 69 (Eing. Torweg)
Streichfertige Oel- und Lackfarben für Fußböden, Möbel usw. Fensterfarbe, Emaillelack, Firnis, Lacke, Terpentinöl, Pinsel, Schablonen und Bohnerwachs empfiehlt in allerbester Qualität, äußerst preiswert
Chemische Fabrik Edwin Caja
Eisleben 1420

Amtliche Bekanntmachungen

Verpachtung der städtischen Hartobstanlagen
am Mittwoch, dem 30. Juli 1924, 10 Uhr vorm. im Rathaus am Markt, 2 Treppen, Zimmer Nr. 24.
Die Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.
Merseburg, den 25. Juli 1924.
Der Magistrat.

Leidende Frauen!
Vorsicht bei Anwendung von Mitteln gegen **Störungen** der monatlich. Regel: Viele dankb. Frauen bezeugen die oft überraschende Wirkung meiner bekannten **Spezialmittel.** 9315
Frau L. in M. schreibt: Heißen Dank. In einer Stunde ist mein Wunsch in Erfüllung gegang. Hoffentl. wird es regelmäßig so wirken. — Böll. unschädl., keine Abtrieb-wirkung, keine Berufsstörung.
Frau E. Karsten
Krankenbehdl.
Hamburg 3. H. T.
Michaelis-Straße 64 I.

Jeden Posten
Alteisen :: Lumpen :: Papier
kauft
Ph. Schwabach
Telephon 6237 Raffineriestr. 14
8874

Konsumverein für Bockwitz und Umgegend
e. G. m. b. H.

Goldmark-Bilanz am 31. Dezember 1923.

Aktiva.		Passiva.	
An Kassenbestand	1 767,81	Per Geschäftsguthaben	61,70
„ Bankeinlagen	1,—	„ Reservefonds	1,—
„ Giro-Kreis	827,75	„ Kaution	1,—
„ Warenbestand	12 702,67	„ Spareinlagen	1,—
„ Inventar	1,—	„ Lieferanten	1 684,87
„ Fuhrwerk	800,—	„ Sparrabatt	1 551,79
„ Versicherungen	1,—	„ Steuer	217,20
„ Anteil V. d. K.	1,—	„ Hypotheken	1,—
„ „ G. E. G.	1,—	„ Aufwertungsfonds	44 781,67
„ Effekten	1,—		
„ Grundstücke	32 200,—		
	48 304.23		48 304.23

Der Vorstand.
R. Dorn. Tr. Lesche. A. Dreischke.

Vorstehende Bilanz haben wir geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.
Der Aufsichtsrat. K. Dietrich, Vorsitzender. 8945

Inserate finden hier weiteste Verbreitung

Prima Weißkalk
hat laufend i. kleinen und großen Mengen abzugeben
Paul Sitte,
Glaechaerstr. 4 und Mittelwache 13.

Ich werde am ganzen Leibe **Flechten** bestet. weg. mich durch das erst. Zuckerkeg. n. Nachtzeitigk. In 14 Tagen bei Lucker Patent-Medizinal-Seife b. Abl. befreit. Diese Se. ist Hundertw. wert Serg. Z. Dazu Lucker-Creme (ob. Fettes u. leitfähig). Drogi. Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Robert Zschiesche, Gräfenhainichen

Vor der Pforte 1 Vor der Pforte 1

Möbel- und Ausstattungshaus

gegen Kasse und bequeme Teilzahlung

In riesiger Auswahl finden Sie bei mir Möbel aller Art und empfehle davon ganz besonders:

Speisezimmer, Schlafzimmer
Herrliche Küchen in allen Farben
Anklidesschränke, Kleiderschränke
Vertikos

Speisezimmer, Nachtschränke
Stühle jeder Art, Schreibtischsessel
Diplomaten-Schreibtische
Plüschsofas, Ruhebetten

Patentrahmen, Auflagematratzen
Korbmöbel, Spiegel, Bilder
Kinderwagen, Puppenwagen
Standuhren

Blumenkrippen, Büstenständer
Serviertischchen, echt Eiche
Nähtischchen, Drahtbettstellen
Kinderbetten, Nähmaschinen

Ferner halte ständig auf Lager:

Herren-Raglan, Herren-Hosen, gestr.
Herren-Palet., Herren-Sommerjopp.
Herren-Anzüge, Herren-Cutaway
Herren-Hosen, Breeches

Damen-Mäntel, Damen-Strickjacken
Damen-Kleider, Damen-Kostümröcke
Damen-Wäsche, Herren-Wäsche
Bettwäsche, weiß und bunt

Kinderkleider, Kleiderstoffe
Reinwollene Popeline und
Cheviot in allen Farben, Frotté
Blusenstreifen, Schürzen

Fertige Blusen, Hemden-Barchent
Velour-Barchent, Bett-Inlette
Beinkleider für Herren und Damen
Gardinen

Niedrigste An- und Abzahlung

Käufer erhalten nach geleisteter Anzahlung sofort die Ware ∴ Besichtigung meines Lagers ohne Kaufzwang ∴ Versand nach jeder Bahnstation

Vertreter: **Bernhardt Klotz** in Fa. Witte Nachf., Wittenberg, Schloßstraße 32
Vertreter: **Gustav Seiler, Piesteritz,** Coswiger Straße 27 II.
Vertreter: **Hermann Nietzold, Bitterfeld,** Wolfener Straße 5
Vertreter: **Ewald Kühne, Greppin,** Wolfener Straße 68
Vertreter: **Richard Opitz, Halle a. d. S.,** Marthastraße 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407251-19/fragment/page=0008